

Testatsexemplar

**Jahresabschluss zum
31. März 2024
und Lagebericht für
das Geschäftsjahr vom 1. April 2023
bis zum 31. März 2024**

ALSTOM Transport Deutschland GmbH
Salzgitter

Testatsexemplar

**Jahresabschluss zum
31. März 2024
und Lagebericht für
das Geschäftsjahr vom 1. April 2023
bis zum 31. März 2024**

ALSTOM Transport Deutschland GmbH
Salzgitter

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

122160

INHALTSVERZEICHNIS

Bestätigungsvermerk

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr
vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024
2. Bilanz zum 31. März 2024
3. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr
vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024
4. Anhang für das Geschäftsjahr
vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024

Allgemeine Auftragsbedingungen

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter, – bestehend aus der Bilanz zum 31. März 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der ALSTOM Transport Deutschland GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 geprüft. Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. März 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

- die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote)

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgend eine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen:

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsysten und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsysteem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Hamburg, 23. Januar 2025

Forvis Mazars GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Signiert von:


Dr. Joachim Dannenbaum
Wirtschaftsprüfer

CEF97FFA39A94A8...

DocuSigned by:


Hajo Hauschildt
Wirtschaftsprüfer

4B43D079F961462...



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023/24

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die in Salzgitter ansässige ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter (ATD), ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der ALSTOM HOLDINGS S.A. Saint Ouen/Frankreich. Die ALSTOM HOLDINGS S.A. hatte im Geschäftsjahr 2021/22 die Anteile von der ALSTOM Transport Holdings BV, Ridderkerk/Niederlande erworben. Oberste Muttergesellschaft ist die an der französischen Wertpapierbörse notierte ALSTOM S.A., Saint Ouen/Frankreich.

Die ALSTOM-Gruppe (Alstom) ist ein weltweit führender Komplettanbieter von Bahntechnik und deckt ein umfassendes Liefer- und Leistungsspektrum für Schienenfahrzeuge, Signaltechnik, Komponenten und Dienstleistungen ab.

2. Marktentwicklung

Das vergangene Geschäftsjahr ist geprägt durch Veröffentlichungen und Vergaben kleinerer und mittlerer Ausschreibungen und Projekte im Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Der Bereich Doppelstockzüge bildet auch weiterhin ein wichtiges Marktsegment. Bei den klassischen einstöckigen Elektrotriebzügen gab es eine kleinere Vergabe. Weitere große Ausschreibungen, insbesondere im S-Bahn-Bereich, werden fortgeführt. Eine Ausschreibung konnte erfolgreich im Geschäftsjahr 2024/25 gewonnen werden. Hierbei handelt es sich um die Vergabe der S-Bahn Rheinland für die beiden Aufgabenträger go.Rheinland und Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR). Größere Aufträge für Triebzüge mit alternativen Antriebsformen wurden nicht vergeben. Die Aufträge im vergangenen Geschäftsjahr wurden überwiegend durch die etablierten europäischen Hersteller gewonnen.

Die Fahrgastzahlen und damit die Kapazitätsanforderungen sind im Vergleich zum Vorjahr weiter gestiegen, sind jedoch noch nicht ganz auf dem Vor-Corona-Niveau angelangt. Die Einführung des Deutschlandtickets (49-Euro-Ticket) als Nachfolgeprodukt des 9-Euro-Tickets, hat zur weiteren Steigerung der Fahrgastzahlen beigetragen. Die weitere Entwicklung des Deutschlandtickets und deren Einfluss auf die zukünftigen Fahrgastzahlen bleibt abzuwarten.

Die anhaltend hohe Inflation im vergangenen Geschäftsjahr hat die Kosten für Neubeschaffungen und den Betrieb nochmals erhöht. Dies führte zu Unsicherheiten und Finanzierungsengpässen bei den Bestellern und Betreibern. Aus diesem Grund war auch im vergangenen Geschäftsjahr eine Zurückhaltung bei Neuausschreibungen zu beobachten. Die Ausschreibungen wurden verschoben, so dass einige geplante Aufträge erst in den kommenden Geschäftsjahren vergeben werden. Nach der Erhöhung der Regionalisierungsmittel der Bundesregierung im Haushaltsjahr 2022, wurden die Mittel

planmäßig erhöht, fallen allerdings niedriger als die Inflation aus. Der Einfluss der starken Inflation auf die mittel- und langfristige Marktentwicklung ist noch ungewiss und weitestgehend vom staatlichen Finanzierungsrahmen abhängig.

Im Geschäftsjahr 2024/25 zeigt sich der Markt trotz der angespannten finanziellen Lage der Verkehrsbesteller voraussichtlich robust. Es ist davon auszugehen, dass einige verschobene Ausschreibungen in naher Zukunft vergeben werden sollen. Darunter fallen kleinere Ausschreibungen für einstöckige Elektrotriebzüge und große Ausschreibungen für Batterietriebzüge. Der Kostendruck im deutschen Bahnmarkt bleibt weiter auf einem hohen Niveau.

Der Trend der Dekarbonisierung des Schienenverkehrs hält an. Es wurden einige große Ausschreibungen für Batterietriebzüge angekündigt, die in den kommenden Geschäftsjahren vergeben werden. Somit besteht am Markt auch weiterhin großes Interesse an alternativen Antriebstechnologien für Regionalzüge. Im abgelaufenen Geschäftsjahr gab es eine Neuauusschreibung für Wasserstoff-Regionalzüge. Es wurden drei Fahrzeuge vergeben. Darüber hinaus werden in den folgenden Geschäftsjahren weitere Wasserstoffauusschreibungen, u.a. in Bayern, Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden, erwartet.

Im Gegensatz zum Vorjahr gab es dieses Geschäftsjahr eine Vergabe für batterieelektrische Regionaltriebzüge. Es handelt sich um das Netz „Mitteldeutsches S-Bahn-Netzes MDSB I“, welches durch den Aufgabenträger Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig (ZVNL) vergeben wurde. Einige große Ausschreibungen sind verschoben worden und werden in der Zukunft veröffentlicht oder vergeben. Der generell positive Markttrend für Batterietriebzüge hält unserer Einschätzung nach für die kommenden Geschäftsjahre weiter an. Somit erwartet ALSTOM die Vergabe mehrerer Neuaufräge. Die Losgröße der anstehenden Batterieauusschreibungen ist vielfältig und reicht von kleineren Flotten bis hin zu großen Rahmenverträgen.

Im Marktsegment der Dieseltriebzüge gab es dieses Jahr keine Ausschreibungen oder Vergaben. Im Dezember 2023 wurde das vorerst letzte Coradia Lint Dieselfahrzeug im Werk in Salzgitter ausgeliefert. Aufgrund der voranschreitenden Dekarbonisierung des Verkehrssektors, erwarten wir weiterhin keine neuen Dieselausschreibungen in den kommenden Geschäftsjahren.

Im Bereich der elektrischen Regionaltriebzüge setzt sich der Trend zu höheren Kapazitäten fort. Nach erfolgreichen Auftragseingängen in den vergangenen Jahren für den Coradia Max (ehemals Coradia Stream High Capacity (HC)) konnten auch im abgeschlossenen Geschäftsjahr wieder zwei Ausschreibungen gewonnen werden. Der erste Auftrag kommt aus Schleswig-Holstein, wo 42 Doppelstockzüge zum Einsatz kommen werden. Darüber hinaus bestehen zwei Optionen über insgesamt 55 Fahrzeuge. Teilweise sind die Fahrzeuge

als Mehrsystemfahrzeuge ausgeführt, so dass sie auch grenzüberschreitende Fahrten nach Dänemark bedienen können. Zusätzlich zu den Fahrzeugen konnte die ATD auch den Vertrag für die Wartung über 30 Jahre für die gesamte Flotte für sich gewinnen. Ein weiterer Auftrag über 18 Coradia Max Vierteiler wurde in Mecklenburg-Vorpommern für das Teilnetz Ostsee-Alster (OSTA) an Alstom vergeben. Das Teilnetz OSTA verbindet Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein mit der Metropolregion Hamburg. Weitere größere Doppelstocktriebzug-Ausschreibungen werden für die nahe Zukunft erwartet.

Der Markt für einstöckige elektrische Regionaltriebzüge war durch wenige Ausschreibungen gekennzeichnet. Alstom hat an einigen dieser Ausschreibungen teilgenommen und konnte eine Option aus einem bestehenden Vertrag mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig für das Elektro-Netz Niedersachsen-Ost (ENNO) verbuchen. Grundsätzlich machte sich auch hier die Unsicherheit am Markt in Form von Verschiebungen bemerkbar. Insofern werden weitere Vergaben in den nächsten Geschäftsjahren erwartet.

Die U-Bahn-Ausschreibung der Hamburger Hochbahn für die DT6 Fahrzeuge inkl. eines U5-Betriebssystems wurde durch unsere Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024/25 gewonnen. Auf Basis der Ausschreibung können insgesamt bis zu 250 Fahrzeuge beschafft werden. Ein weiterer Bestandteil der Ausschreibung ist das auf CBTC (Communication Based Train Control) basierende Betriebsführungssystem für den vollautomatischen Betrieb auf der neuen Linie U5.

Im Straßenbahnmarkt hat die Gesellschaft mit ihrem Produkt CITADIS an keinen Ausschreibungen teilgenommen.

Die Anzahl der Züge mit langfristigen Flotten-Instandhaltungsverträgen ist mittlerweile auf eine beachtliche Zahl angewachsen. Nach dem Gewinn des im Vorjahr erwähnten Vertrags über die Instandhaltung von 130 Zügen des Typs Coradia Max über 30 Jahre in Baden Württemberg konnte in diesem Jahr ein weiterer Vertrag über die Instandhaltung von 42 Zügen des gleichen Typs in Schleswig Holstein gewonnen werden. Somit wächst zusammen mit den bereits vorhandenen Verträgen aus Baden Württemberg und Niedersachsen allein die Flotte der künftig unter Alstoms Verantwortung zu wartenden Züge des Typs Coradia Max auf 209 Züge. Auch in Schleswig Holstein wird die Instandhaltung in einem Depot der Deutschen Bahn durchgeführt. Somit führt Alstom die Instandhaltung ein weiteres Mal gemeinsam mit dem erfahrenem Partner DB Regio AG; Frankfurt am Main durch. Vorhandene Infrastrukturen werden genutzt und auch vorhandene Fachkräfte mit einer langfristigen Perspektive weiterbeschäftigt. Die unnötige Investition in den Bau neuer Depots wird so vermieden. Daneben wurde der Vertrag „ENNO“ um die Instandhaltung von weiteren 5 Fahrzeugen erweitert. Somit ist die Flotte auf 29 Züge angewachsen. Der Trend zu kombinierten Ausschreibungen mit Fahrzeuglieferung und deren langfristiger Instandhaltung setzt sich auch in den kommenden Jahren weiter fort. Hier sind besonders die Ausschreibungen zur S-Bahn Berlin, S-Bahn Rheinland, das „Netz nördliches Westfalen“ oder

auch die gerade gestartete Ausschreibung der LNVG über batteriebetriebene Elektrotriebwagen beziehungsweise deren Instandhaltung zu benennen. In all diesen Projekten erfolgt die Ausschreibung über die Beschaffung und Instandhaltung der Fahrzeuge durch die Aufgabenträger, die immer mehr in eigene Fahrzeugpools investieren und die Fahrzeuge an den späteren Betreiber vermieten. Die Auswahl des Betreibers erfolgt in einer separaten, meist nachgelagerten Ausschreibung. Die Instandhaltung durch den Hersteller sichert den Werterhalt sowie die hohe Verfügbarkeit über die Lebensdauer der Fahrzeuge für den Aufgabenträger ab.

Der Standort Braunschweig konnte seine Marktposition im Bereich der Modernisierung, Hauptuntersuchungen und Unfallinstandsetzungen von Regionaltriebzügen weiter festigen. Unter anderem konnte mit der Kasseler Verkehrs-Gesellschaft AG, Kassel, ein Vertrag über die umfassende Modernisierung der 28 Regio Tram Fahrzeuge in Kassel abgeschlossen werden. Dieser Vertrag stellt den größten Vertrag über die Modernisierung von Fahrzeugen in der Geschichte unserer Gesellschaft dar. Insgesamt ist weiterhin ein Trend zur Modernisierung von Gebrauchtfahrzeugen anstelle von Neubeschaffungen festzustellen. Der Grund dafür liegt insbesondere in gestiegenen Kosten durch die allgemeine Inflation, steigenden Löhne und gestiegenen Energiekosten. In diesem Markt herrscht ein intensiver Wettbewerb mit privaten Eisenbahnwerkstätten, besonders bei technisch weniger komplexen Fahrzeugänderungen. Allerdings ist durch die höhere Anzahl von Modernisierungen im Markt eine höhere Auslastung der Werkstätten erkennbar, die künftig auch vereinzelt zu Engpässen führen könnte.

Ein zukünftiges Geschäftsfeld wird in der Umrüstung von bestehenden Dieselflotten mit umweltfreundlichen Antrieben, wie zum Beispiel Wasserstoff gesehen. Hier ist auch die Politik gefragt, um die erforderlichen finanziellen Anreize zu geben. Das generelle Interesse im Markt nach alternativen Antriebsarten ist aufgrund der Anzahl der im Markt befindlichen Dieselfahrzeuge sehr groß. In Zusammenarbeit mit unserer Tochtergesellschaft ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, (ALS) wird intensiv an verschiedenen Lösungen gearbeitet, die sowohl für die Umrüstung von Rangierlokomotiven als auch von Triebzügen erfolgsversprechend sind.

Das Geschäft mit Ersatzteilen entwickelte sich positiv. Der Umsatz konnte im vergangenen Geschäftsjahr gesteigert werden. Neben dem im deutschen Markt gestiegenen Anteil von ALSTOM eigenen Traktionsausrüstungen und eigener Signaltechnik ist dafür auch ein sich änderndes Einkaufsverhalten der Betreiber verantwortlich.

Im Bereich der Güterwageninstandhaltung sehen wir im Geschäft mit der Aufarbeitung von Radsätzen sowie der in den nächsten Jahren zu vollziehenden Umrüstung von Güterwagen wie auch Lokomotiven auf eine automatische Kupplung „DAC“ (digital automatic coupler) eine positive Geschäftsentwicklung. Diesbezüglich werden mit den Kunden mögliche Vorgehensweisen intensiv besprochen.

Im Segment Leit- und Sicherungstechnik werden weitere Investitionen in der DACH-Region (Alstom Region für Deutschland, Österreich und Schweiz) zur Erneuerung und Modernisierung der Signalsysteme im Hinblick auf das Europäische Zugsteuerungssystem (ETCS) sowie funkbasierter Zugsicherungssysteme für U-Bahnen (CBTC) erwartet, die auch weiterhin positiv zum Wachstum dieses Segments und des gesamten Schienenverkehrsmarktes beitragen werden.

Nachdem im Jahr 2021 die Beauftragung des Digitalen Knoten Stuttgarts erfolgte, fanden in den letzten Jahren viele antizipierende Schritte für einen deutschlandweiten ETCS-Rollout statt. Die serienmäßige Umrüstung von Triebfahrzeugen mit ETCS-Technik für den Digitalen Knoten Stuttgart (DKS) kommt voran: Inzwischen sind 16 S-Bahnen der Alstom-Baureihe 423 und 430 von DB Regio AG, Frankfurt am Main, in den Werkstätten.

Das Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) hat mit dem First-of-Class (FoC) Sofortprogramm im Bundeshaushalt 2024 Finanzmittel in Höhe von M€ 300 zur Verfügung gestellt und damit einen entscheidenden Schritt vorgenommen um damit nun auch eine Finanzierung der Fahrzeugausrüstung durch den Bund außerhalb des Digitalen Knoten Stuttgarts zu erreichen. Von den insgesamt M€ 300, die im Rahmen des FoC-Sofortprogramms bereitgestellt werden sollen, standen bereits M€ 45 im Jahr 2024 zur Verfügung.

Weitere große Ausschreibungen im Bereich der fahrzeugseitigen Signaltechnik werden in den nächsten Jahren im Rahmen der Sanierung der Hochleistungskorridore erwartet. Hier plant das BMDV stark befahrene Korridore mit ETCS auszurüsten, was eine fahrzeugseitige Ausrüstung erforderlich machen würde. Das betrifft sowohl den Schienenpersonennah- als auch Schienengüterverkehr. Beim Schienengüterverkehr ergibt sich zudem ein Potential daraus, dass das BMDV und die Digitale Schiene Deutschland die Priorität bei der Ausrüstung der Infrastruktur auf europäische Korridore legen. In Abstimmung mit den anderen Alstom-Einheiten in Deutschland optimiert die ATD hierfür die ETCS-Lösung mit der Integration von ETCS und Punktförmige Zugbeeinflussung/Linienförmige Zugbeeinflussung als eine gesamtheitliche Alstom-Lösung.

In Ausführung befinden sich weiterhin verschiedene Aufträge wie zum Beispiel die Nachrüstung der BR407 für DB Fernverkehr AG, Frankfurt am Main. Das Projekt befindet sich in einem fortgeschrittenen Stadium. Die Zulassung für den ETCS Betrieb in Deutschland wurde Anfang 2024 erreicht. Eine Zulassung in Frankreich wird auch noch angestrebt.

Im Bereich des Stadtverkehrs verzeichnet die DACH-Region weiterhin eine neue Dynamik durch Interesse an dem funkbasierten CBTC-Zugsicherungssystem, das der Ablösung von analoger und relaisbasierter Zugsicherungstechnik aus den 1970er Jahren dienen soll. Im Geschäftsjahr wurde weiterhin an Ausschreibungen gearbeitet. Eine Ausschreibung in

Hamburg (Linie U5 der Hamburger Hochbahn AG, Hamburg) wurde an unsere Gesellschaft im Geschäftsjahr 2024/25 vergeben. Dort soll die erste vollautomatisierte U-Bahnlinie mit Bahnsteigtüren und CBTC in Deutschland realisiert werden. Große Ausschreibungen werden hier in den kommenden Jahren auch in München und Stuttgart erwartet.

3. Forschung und Entwicklung

Alstom hat sich zum Ziel gesetzt der führende globale innovative Akteur für eine nachhaltige und intelligente Mobilität zu sein. Der strategische Plan "Alstom in Motion", der sich auf nachhaltiges Wachstum, grüne und digitale Innovation, betriebliche Effizienz und eine agile, integrative und verantwortungsvolle Unternehmenskultur konzentriert, beschreibt wie dieses Ziel erreicht werden soll.

Die ATD bekennt sich zu Wertschöpfung durch Innovation. Gemeinsam mit anderen Alstom-Gesellschaften haben wir den „Alstom in Motion“ Plan an die neuen Möglichkeiten angepasst und schreiben ihn weiter fort. Alstom hat ein Innovationsnetzwerk etabliert und an jedem Standort einen Ansprechpartner für Innovationen benannt, um unsere Innovationsfähigkeit weiter zu erhöhen.

Mit dem European Green Deal hat die Europäischen Kommission ein Konzept vorgestellt, um bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Die Bundesregierung möchte im Verkehr den Endenergieverbrauch bis 2050 um 40 Prozent senken. Alstom hat die Verkehrswende sowie den Einsatz erneuerbarer Energien für die Mobilität antizipiert und die beiden Produkte Alstom Coradia iLINT und Alstom Coradia Continental BEMU entwickelt. Wir schätzen die Marktchancen für lokal-emissionsfreie Schienenfahrzeuge als sehr gut ein und erweitern unser Produktangebot um lokal-emissionsfreie Lokomotiven.

2020 hat Alstom mit Studien begonnen, um die technische Machbarkeit der Wasserstoffumrüstung abzusichern. Das Ergebnis der Studien war ein am Prüfstand lauffähiger auf Wasserstoff umgerüsteter Motor im Einzylinder-Betrieb. Auf dieser Grundlage soll im Verbundprojekt H2-ICE-LOC gemeinsam mit Partnern eine Dieselrangierlokomotive auf Wasserstoff umgerüstet und getestet werden. Die Umrüstung soll im Geschäftsjahr 2024/25 starten und die Lokomotive soll danach zirka drei Monate getestet werden. Das Projekt endet voraussichtlich im Geschäftsjahr 2025/2026.

Seit mehr als 20 Jahren werden U-Bahnen für den fahrerlosen Betrieb gebaut. Um die Vorteile des automatisierten Betriebs (geringere Kosten und stabilerer Betrieb) im Regionalverkehr nutzen zu können, muss die bereits bekannte Technik für den Einsatz in offenen Systemen ergänzt werden. Die Züge benötigen eine Hinderniserkennung und auf Strecken, die noch nicht ETCS ausgerüstet sind, eine Signalerkennung. Künftig soll unbegleitet und automatisch rangiert werden. Die Züge werden ohne Lokführer, aber begleitet fahren, wobei der Zugbegleiter im Normalfall die Reisenden betreut und im

Störungsfall den Betrieb sicherstellt. Wir denken, dass ein interessanter Markt für den fahrerlosen Betrieb entstehen wird.

In dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) geförderten Forschungsprojekt ARTE (Automatisiert fahrende Regionalzüge in Niedersachsen) untersucht ein durch die ATD geführtes Forschungskonsortium fahrerlose Regionalzüge. Im Projekt werden neue, für den fahrerlosen Betrieb notwendige Systeme entwickelt und für die Versuche in Niedersachsen konfiguriert. Dazu gehört die Signalerkennung, um die an der Strecke aufgestellten Signale erkennen und interpretieren zu können. Zudem muss der Zug Hindernisse erkennen können. Im Störungsfall kann der Zug ferngesteuert oder vom Zugbegleiter gesteuert werden. Die neuen Systeme werden wir in einem mit ETCS vorgerüsteten Zug einbauen, auf unserem Testgleis und auf ausgewählten Strecken testen. Die Erkenntnisse aus der Entwicklung und dem Betrieb helfen mit, die spätere Zulassung von fahrerlosen Zügen vorzubereiten und den Regionalverkehr weiter zu automatisieren. Das Forschungsprojekt endet voraussichtlich im Frühjahr/Sommer 2025.

In dem Forschungsprojekt GUW+ wird ein intelligentes Unterwerk mit Energiemanagement zur Sektorenkopplung zwischen der Bahn-, E-Bus und E-Pkw-Welt, sowie der Energiewirtschaft entwickelt. Durch den steigenden Trend zur Elektromobilität stehen die Kommunen und ihre öffentlichen Verkehrs- und Stromnetzbetreiber vor einer immensen Herausforderung, die notwendige Infrastruktur bereitzustellen. Mit ihrer führenden Rolle in dem Forschungskonsortium leitet unsere Gesellschaft die Entwicklung einer Lösung für das intelligente Stromnetz der Zukunft. Alstom integriert dafür den bidirektionalen Stromrichter Hesop, der sowohl Energie für die Bahnen und zum Laden von E-Bussen und E-Pkw bereitstellt als auch rekuperierte Energie oder Energie aus einem Batteriespeicher in das vorgelagerte Mittelspannungsnetz zurückspeist. Durch den Batteriespeicher können unter anderem Lastspitzen gekappt und Regelleistung angeboten werden.

Diese zukunftsweisende Lösung erschließt für Alstom ein neues interessantes Geschäftsfeld, sein Produkt Hesop und seine Kompetenzen für integrierte Systeme im Markt zu platzieren. Im November 2023 endete das Forschungsprojekt. Die Ergebnisse wurden Vertretern des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr, Nationale Organisation Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie und Projektträger Jülich präsentiert. Alstom unterstützt die Betreiberin, ÜSTRA Hannoversche Verkehrsbetriebe Aktiengesellschaft, Hannover, bei der Überführung der Pilotanlage in die normalen Betriebsabläufe. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite www.guwplus.de.

Alstom treibt die konzeptionelle Weiterentwicklung von Fahrzeugen mit alternativen Energiespeichern voran. Dazu leitete Alstom das vom BMWK geförderte Forschungsprojekt AnoWaAS (Angepasstes und optimiertes Wagenkastenkonzept für alternative Antriebssysteme bei Schienenfahrzeugen). Gemeinsam mit Partnern aus Industrie und Forschung optimieren wir die Integration von Wasserstofftanks und Batterien in

Regionalfahrzeugen. Ziel ist es, ein Fahrzeugkonzept zu erhalten, welches den verwendeten Bauraum der Energiespeicher als mittragende Struktur nutzt. So können Fahrzeuge mit alternativen Antrieben entstehen, die über eine bessere Gesamtleistung verfügen. Die Umsetzung des Konzeptes soll die Grundlage für die nächsten Fahrzeuggenerationen darstellen.

Alstom hat ein Projektkonsortium gegründet, um das Forschungsprojekt Dat@Fire.sim zu beantragen. Ziel des Forschungsprojektes war, eine Simulationssoftware zu erstellen, mit deren Hilfe das Brandverhalten von Materialkombination vorhergesagt werden kann, um die derzeit benötigten Testverfahren zu minimieren. Gleichzeitig soll das Ziel verfolgt werden, während der Entwicklungsphase noch unbekannte brandtechnische Aussagen im Konstruktionsprozess zu berücksichtigen. Der Projektträger hat die Förderskizze am 22.06.2023 positiv beurteilt. Alle Unterlagen für den Vollantrag wurden ausgearbeitet und zur Bewilligung (Stufe 2) eingereicht. Letztendlich erteilte der Fördergeber dem Projekt eine Absage.

Für die reinen F&E Aktivitäten, d.h. ohne die Ingenieurleistungen bei der Erbringung unseres Produktportfolios, hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2023/24 M€ 7,0 Kosten aufgewendet. Diese F&E-Aktivitäten werden nicht von einer speziellen F&E-Abteilung erbracht, so dass sich die Anzahl der beteiligten Mitarbeiter nicht bestimmen lässt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gemäß dem Statistischen Bundesamt ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) kalenderbereinigt um -0,1 Prozent im Jahr 2023 gesunken.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland kam im Jahr 2023 im nach wie vor krisengeprägten Umfeld ins Stocken. Die trotz der jüngsten Rückgänge nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen dämpften die Konjunktur. Hinzu kamen ungünstige Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen und eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland. Damit setzte sich die Erholung der deutschen Wirtschaft vom tiefen Einbruch im Corona-Jahr 2020 nicht weiter fort. Im Vergleich zu 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2023 um 0,7 % höher.

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung verlief im Jahr 2023 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen unterschiedlich: Die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) ging insgesamt deutlich um 2,0 % zurück. Entscheidend dafür war eine sehr viel niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung. Das Verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, war im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls im Minus (-0,4 %). Positive Impulse kamen hier vorrangig aus der

Automobilindustrie und dem sonstigen Fahrzeugbau. Dagegen sanken Produktion und Wertschöpfung in den energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut, nachdem die Wirtschaftsleistung in diesen Branchen bereits 2022 besonders stark auf die steigenden Energiepreise reagiert hatte.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2023 von durchschnittlich 45,9 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 0,7% oder 333 000 Personen mehr als im Jahr zuvor und so viele wie noch nie in Deutschland. Die Beschäftigung nahm im Jahr 2023 unter anderem durch die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte zu. Hinzu kam eine steigende Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung. Diese positiven Effekte überwogen die dämpfenden Effekte des demografischen Wandels. Der Beschäftigungsaufbau fand 2023 fast ausschließlich in den Dienstleistungsbereichen statt.¹

Die Bahnindustrie in Deutschland erreichte im Kalenderjahr 2023 mit 14,4 Milliarden Euro Umsatz einen neuen Umsatzrekord. Der Auftragseingang der Bahnindustrie in Deutschland ist im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und stellt mit 21,5 Milliarden Euro ebenfalls einen Rekord dar.²

2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die für die Steuerung des Geschäfts wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren, die einen Bezug zum handelsrechtlichen Jahresabschluss aufweisen, sind unter Punkt II.3 und II.4 dargestellt. Es handelt sich hierbei um den Auftragseingang, die Umsatzerlöse, das Jahresergebnis und den Net Cash Flow.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden nicht wesentlich zur Unternehmenssteuerung herangezogen.

¹ Statistisches Bundesamt (2024)

² Verband der Bahnindustrie in Deutschland e.V. (2024).

3. Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2023/24 konnte ein Auftragseingang in Höhe von M€ 2.018,2 (Vorjahr M€ 3.135,6) verzeichnet werden. Darin enthalten sind im Wesentlichen Auftragseingänge für die Plattform Coradia Max Double Deck in Höhe von M€ 793,5 und für einen langjährigen Wartungsvertrag für diese Plattform in Höhe von M€ 456,0. Bei einem Umsatz von M€ 499,7 (Vorjahr M€ 788,1) und dem oben genannten Auftragseingangsvolumen erhöhte sich daher der Auftragsbestand zum 31. März 2024 auf M€ 9.355,8 (Vorjahrestichtag M€ 7.837,3). Der Exportanteil am Gesamtumsatz beträgt 15,2% (Vorjahr 9,8%), beim Auftragsbestand 21,9% (Vorjahr 23,9%).

Der für unsere Gesellschaft immer noch sehr gute Auftragseingang liegt somit jedoch unter dem von uns prognostizierten Auftragseingang von ca. 2,5 Milliarden Euro. Dies ist insbesondere durch Verschiebungen von Ausschreibungen verursacht, siehe auch I. 2 Marktentwicklung.

4. Lage

Ertragslage

Auch im abgelaufenen Geschäftsjahr (1. April 2023 bis 31. März 2024) hat sich der Krieg in der Ukraine nicht wesentlich auf die Ertragslage ausgewirkt.

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr ein Jahresergebnis von M€ -272,1 (Vorjahr M€ -8,3) erzielt. Das EBIT für das Geschäftsjahr, d.h. das Ergebnis vor Erträgen aus Beteiligungen, vor Erträgen aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, vor Zinsen und ähnlichen Erträgen, vor Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, vor Erträgen und Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen, vor Steuern vom Einkommen und Ertrag und vor sonstigen Steuern beträgt M€ -103,4 (Vorjahr M€ -31,8).

Für die Gesellschaft waren wir von einem negativen Jahresergebnis von ca. M€ -175,0 für das Geschäftsjahr 2023/24 ausgegangen (Prognose ohne Effekte aus den Gewinnabführungsverträgen). Die Abweichung von ca. M€ -18,0 hat diverse Gründe: Bei den operativen Themen gab es Projektverschlechterungen bei den laufenden Projekten. Darüber hinaus kam es zu Verschiebungen von Abnahmeterminen und damit einhergehende fehlende Umsatzrealisierung. Zusätzlich ergab sich eine Gemeinkostenunterdeckung (operative Themen insgesamt ca. M€ -40,0).

Gegenläufige Effekte ergeben sich bei der Prognose des Zinsergebnisses. Hier waren wir von einem schlechteren Zinsergebnis von M€ -113 ausgegangen. Die Abweichung zu der Prognose des Zinsergebnisses in Höhe von M€ +23 wiegt in die Verschlechterung bei den operativen Themen partiell wieder auf.

Die Effekte aus den Gewinnabführungsverträgen mit der ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, mit der ALSTOM Signal GmbH, Braunschweig, der ALSTOM Drives GmbH, Berlin, und der ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, hatten wir in der Prognose noch nicht antizipiert (insgesamt M€ -79,3).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden Umsatzerlöse von M€ 499,7 (Vorjahr M€ 788,1) erzielt. Die Umsatzerlöse liegen damit um ca. 35 % unter den von uns prognostizierten Umsatzerlösen. Verursacht wurde das vor allem durch Verschiebungen von Abnahmeterminen, die an die Kunden kommuniziert wurden und partiell zu Vertragsstrafen geführt haben.

Die Umsatzrendite, d.h. das Verhältnis des EBIT zu den Umsatzerlösen, beträgt -20,7 % (Vorjahr -4,0 %).

Unter Berücksichtigung des Bestandsaufbau bei den unfertigen Erzeugnissen erzielte die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Gesamtleistung von M€ 664,8 (Vorjahr M€ 929,4). Der Materialaufwand beträgt im Verhältnis zur Gesamtleistung 71,3 % (Vorjahr 66,5 %). Der hohe Anteil ist zum einen darauf zurückzuführen, dass überwiegend vollständige Systemkomponenten zum Einbau in die Fahrzeuge erworben werden. Zum anderen werden umfangreiche Dienstleistungen im Bereich der Montage und des Engineerings bezogen. Der Anteil kann von Geschäftsjahr zu Geschäftsjahr entsprechend der Fertigungsfortschritte der einzelnen Projekte nicht unerheblich schwanken. Die Tendenz für die Zukunft wird sein, dass die eigene Wertschöpfung weiter abnehmen wird und somit der Materialaufwand zur Gesamtleistung steigen wird.

Der Personalaufwand beträgt M€ 183,2 (Vorjahr M€ 176,6). Die Steigerung des Personalaufwandes ist im Wesentlichen durch die jährlichen Lohn- und Gehaltssteigerung verursacht, aber auch durch den leichten Anstieg des Personals bei gleichzeitigem Rückgang der Aufwendungen für Altersversorgung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Geschäftsjahr M€ 143,3 (Vorjahr M€ 182,0). Der wesentlichste Kostenbestandteil sind die Konzernabgaben in Höhe von M€ 42,8 (Vorjahr M€ 74,2), die aufgrund der geringeren Leistung gesunken sind.

Das Jahresergebnis wurde mit einem Zinsergebnis von M€ -89,7 (Vorjahr M€ -16,8) belastet. Darin enthalten sind Erträge in Bezug auf die Pensionsrückstellungen vor allem in Folge des Zinsänderungsergebnisses in Höhe von M€ +4,9 (Vorjahr M€ -8,2) und das Zinsergebnis mit verbundenen Unternehmen M€ -93,8 (Vorjahr M€ -8,2). Das hohe negative Zinsergebnis mit verbundenen Unternehmen ist durch die Gewährung des Konzerndarlehens zu marktüblichen Konditionen verursacht.

Darüber hinaus wurde das Jahresergebnis durch eine Gewinnabführung (Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen) in Höhe von M€ +2,9 (Vorjahr M€ 53,0) positiv beeinflusst.

Die Verlustübernahmen (Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen) betragen in Summe M€ - 82,3 (Vorjahr M€ -12,9) und haben das Jahresergebnis negativ beeinflusst.

Finanzlage

Im Rahmen der Forderungen gegen verbundene Unternehmen werden zum 31. März 2024 liquide Mittel in Höhe von M€ 119,1 (Vorjahr M€ 314,5) ausgewiesen, die entsprechend dem abgeschlossenen Cash-Pool-Vertrag in der aktuellen Fassung vom Januar 2021 unmittelbar bei dem Treasury-Center der ALSTOM-Holding in Paris angelegt sind.

Unsere Tochtergesellschaft ALSTOM Transportation Germany GmbH hat im Geschäftsjahr 2023/24 eine Zahlung aus dem Eigenkapital in Höhe von M€ 1.708,1 an unsere Gesellschaft geleistet, die wir als Kapitalrückzahlung dargestellt haben (Nachträgliche Minderung der Anschaffungskosten der Beteiligung).

Darüber hinaus hat unsere direkte Muttergesellschaft ALSTOM HOLDINGS S.A. eine Zuzahlung in unsere Kapitalrücklage in Höhe von M€ 650,0 geleistet.

Basierend darauf waren wir in der Lage, das Darlehen der ALSTOM Holding aus den durchgeföhrten vorjährigen Erwerbungen der Beteiligungen im laufenden Geschäftsjahr vollständig zurückzuföhren (Vorjahr M€ 2.426,8).

Darüber hinaus bestanden zum 31. März 2024 Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von M€ 0,2 (Vorjahr M€ 0,0). Verbindlichkeiten bei Kreditinstituten sind, wie im Vorjahr nicht vorhanden.

Der Net Cash-Flow unserer Gesellschaft, d.h. der Unterschiedsbetrag bei den quasi liquiden Mitteln zuzüglich der Guthaben und abzüglich der Verbindlichkeiten bei den Kreditinstituten zwischen dem 31.03.2024 und dem 31.03.2023, beläuft sich auf M€ +2.231,6 (Vorjahr M€ -2.711,2) und hat die getroffenen Erwartungen von ca. M€ -300,0 deutlich positiv übertroffen.

Das hat verschiedene Ursachen. Zum einen die nicht geplante Kapitalrückzahlung in Höhe von M€ 1.708,1 und zum anderen die nicht geplante Zuzahlung in die Kapitalrücklage in Höhe von M€ 650,0 (s.o.). Darüber hinaus haben wir geringere Zahlungen an externe Lieferanten als im Vorfeld geleistet. Allerdings haben wir auch geringere Zahlungseingänge aufgrund von Verzögerungen in der laufenden Projektabwicklung, aber auch aus Planprojekten aufgrund der Verschiebung von Ausschreibungen, zu verzeichnen gehabt.

Die Liquidität war während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

Vermögenslage

	31.03.2024 M€	31.03.2023 M€
Anlagevermögen	1.588,8	3.294,5
Kurzfristig gebundenes Vermögen	185,5	435,1
Eigenkapital	499,6	121,7
Langfristige Verbindlichkeiten	128,8	144,4
Kurzfristige Verbindlichkeiten	1.145,9	3.463,5

Die Gesellschaft hat von dem Wahlrecht nach § 268 Absatz 5 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht, erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen offen von den Vorräten abzusetzen.

Das Anlagevermögen der Gesellschaft ist zum 31. März 2024 zu 39,6 % durch Eigenkapital und langfristige Fremdmittel gedeckt (Vorjahr 8,1 %). Die Veränderung ist im Wesentlichen durch die Einzahlung in die Kapitalrücklage und die Reduzierung des Finanzanlagevermögens infolge der Kapitalrückzahlung aus der ATG verursacht.

Das gebundene Kapital, das sich aus der Differenz des kurzfristigen Vermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten ergibt, ist signifikant gestiegen (lfd. Jahr M€ 960,4; Vorjahr M€ - 3.028,4).

Als wesentliche Ursache für die Veränderung des gebundenen Kapitals ist die deutliche Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen zu nennen (vollständige Rückzahlung des Konzerndarlehens).

Sachinvestitionen

Die Investitionen in Sachanlagen zuzüglich der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau beliefen sich für das Geschäftsjahr 2023/24 auf M€ 9,3 (Vorjahr M€ 7,6), die vollständig aus vorhandenen finanziellen Mitteln finanziert wurden.

Die wesentlichen Zugänge sind in den Anlagen in Bau. Sie beinhalten vor allem Investitionen in die Infrastruktur in Salzgitter und Berlin sowie den Erwerb von Prüfmaschinen .

Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2023/24 wurde eine Gesamtleistung in Höhe von M€ 664,8 (Vorjahr M€ 929,4) mit 2,3 Mio. direkten Stunden (Vorjahr 2,5 Mio.) erbracht.

Am 31. März 2024 wurden insgesamt 2.302 Mitarbeiter/-innen einschließlich 91 Auszubildenden und Praktikanten beschäftigt (am 31. März 2023 insgesamt 2.260).

Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf

Der operative Geschäftsverlauf für das Geschäftsjahr 2023/24 entspricht hinsichtlich der Ertragslage nicht unserer Erwartung. Bei der Finanzlage wurden unsere Erwartungen durch die nicht geplante Kapitalrückzahlung und die nicht geplante Einzahlung in die Kapitalrücklage deutlich übertroffen. Auch die vollständige Rückzahlung des Konzerndarlehens hat die Vermögenslage unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflusst.

III. Prognosebericht

Die Bundesregierung stellt im Jahreswirtschaftsbericht fest, dass die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland im vergangenen Jahr noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war: Der massive Energiepreisanstieg schlug sich mit Verzögerung auch in nachgelagerten Wertschöpfungsstufen nieder und mündete so in einem starken Verbraucherpreisanstieg auf breiter Linie. Insbesondere die dadurch hervorgerufenen erheblichen Kaufkraftverluste dämpften die binnengewirtschaftliche Nachfrage spürbar. Die geldpolitischen Reaktionen der Zentralbanken auf die hohe Inflation dämpften auch das Wirtschaftswachstum bei wichtigen Handelspartnern, was die außenwirtschaftliche Nachfrage spürbar belastete. Hinzu kam ein hoher Krankenstand der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr, der sich über ein verringertes Arbeitsvolumen auch negativ auf die Wertschöpfung ausgewirkt haben dürfte.

In der Herbstprojektion rechnet die Bundesregierung erst Anfang kommenden Jahres mit einer Belebung der Wirtschaft.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte 2024 real, also preisbereinigt, um 0,2 Prozent zurückgehen. Für 2025 rechnet die Bundesregierung mit einer Steigerung um 1,1 Prozent, für 2026 um 1,6 Prozent.

Die Preissteigerung dürfte sich 2024 auf 2,2 Prozent verringern und in den Folgejahren weiter zurückgehen. Zusammen mit einer erwarteten Steigerung von fünf Prozent bei den Bruttolöhnen und -gehältern ist daher wieder mit steigenden Reallöhnen zu rechnen.

Der Arbeitsmarkt zeigt sich der Prognose zufolge weiter robust – die Beschäftigtenzahlen dürften weiter steigen und die Arbeitslosigkeit nur leicht zunehmen.

Die weltwirtschaftliche Nachfrage blieb im vergangenen Jahr im Zuge der spürbaren geldpolitischen Straffungen und gestiegener geopolitischer Risiken und Unsicherheiten insgesamt schwach. Auch für 2024 ist nur ein unterdurchschnittliches Wachstumstempo der Weltwirtschaft zu erwarten. Deshalb rechnet die Bundesregierung mit einer verhaltenen Exportentwicklung und privaten Ausrüstungsinvestitionen. Ein Rückgang bei den Bauinvestitionen aufgrund deutlich gestiegener Finanzierungs- und Baukosten dürfte dazu führen, dass die realen Anlageinvestitionen insgesamt in diesem Jahr erneut leicht zurückgehen.

Chancen für eine günstigere Entwicklung bestehen, wenn die Inflation schneller als angenommen zurückgeht, die Leitzinsen früher als erwartet gesenkt und damit vermehrt Investitionen angeregt werden oder die weltwirtschaftliche Belebung kräftiger ausfällt.

Zu den Risiken für die dargestellte Entwicklung gehören hohe Unsicherheiten mit Blick auf die geopolitischen Konflikte, die zu erneuten Preisanstiegen, u. a. bei der Energie, führen könnten.³

Basierend auf unserer Budgetplanung geben wir folgende Prognosen mit weiteren Anmerkungen ab:

Die Gesellschaft ist ein Auftragsfertiger, d.h. Aufträge müssen im Rahmen von Ausschreibungen in einem umkämpften Markt mit diversen Wettbewerbern gewonnen werden, bevor wir mit der Entwicklung, Fertigung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen oder anderen Produkten im Mobilitätsbereich beginnen können. Insbesondere beim Auftragseingang und beim Net Cash flow - durch korrespondierende Kundenanzahlungen bei Vertragsunterschrift - sind die Prognosen mit einer deutlichen Unsicherheit behaftet.

Mögliche Synergieeffekte aus dem Erwerb von ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, durch Alstom haben derzeit noch keine signifikante positive Auswirkung auf unser Geschäft und damit auf unsere Prognose.

Auch für das Geschäftsjahr 2024/25 rechnen wir mit einem weiterhin hohen Auftragseingang. Der Auftragseingang wird nach unseren Erwartungen mehr als doppelt so hoch wie der Auftragseingang im Geschäftsjahr 2023/24 ausfallen.

Die Umsatzerlöse werden sich auf einem ähnlichen Niveau wie in diesem Geschäftsjahr bewegen. Die Gesamtleistung wird um ca. 30 % höher als in diesem Geschäftsjahr ausfallen. Wir gehen davon aus, dass sich das Jahresergebnis der Gesellschaft vor Ergebnisabführungsverträgen im sehr niedrigen negativen dreistelligen Millionenbereich bewegen wird.

³ Bundesregierung (2024)

Der Cash Flow aus operativer Tätigkeit und der Net Cash Flow vor Ergebnisabführungsverträgen werden mit einem sehr niedrigen dreistelligen Millionenbetrag positiv ausfallen.

In die Betrachtung sind keine Chancen und Risiken eingeflossen, die sich aus der Bewertung der Beteiligungen, aus den Ergebnisabführungsverträgen und aus möglichen Dividenden-ausschüttungen der deutschen Tochtergesellschaften ergeben können.

IV. Chancen- und Risikobericht

Das weiter wachsende nationale und internationale Verkehrsaufkommen und der daraus resultierende steigende Bedarf der Verkehrsgesellschaften an Schienenfahrzeugen und Serviceleistungen bieten der Gesellschaft zahlreiche Chancen, bergen aber auch die Gefahr von Risiken.

Das Bundesverfassungsgericht hat am 15.11.2023 entschieden, dass das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2021 mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig ist. Die Entscheidung hat zur Folge, dass sich der Umfang des „Klima- und Transformationsfonds“ um 60 Milliarden Euro reduziert hat.⁴ Wir gehen allerdings trotzdem davon aus, dass die Bundesregierung an ihren klimapolitischen Zielen festhalten wird und entsprechend den Schienenverkehr weiterhin unverändert fördern wird.

1. Risikobericht

Um den möglichen Risiken entgegen zu wirken, ist die Gesellschaft in das konzernweite Risikomanagementsystem eingebunden, welches mit geeigneten Instrumenten nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft minimiert.

Der wesentliche Teil des operativen Geschäftes ist die Entwicklung, Fertigung und Instandhaltung von Schienenfahrzeugen mit mehrjährigen Vertragslaufzeiten. Diese mehrjährigen Laufzeiten können zusätzliche Risiken verursachen, die durch erhöhte Unsicherheiten aufgrund der mit zunehmendem Prognosehorizont im Rahmen von Projektplanungen abnehmenden Planungspräzision verursacht sind. Diese Risiken können sich z.B. in den Bereichen der Forschung und Entwicklung, Beschaffung und Fertigung auswirken und zu ungeplanten Mehrkosten, Änderungen von Preisniveaus im Zeitablauf, Terminschwierigkeiten, Auslastungsschwankungen sowie der Notwendigkeit einer Finanzierung des gebundenen Kapitals führen. Darüber hinaus können Risiken im Zusammenhang mit der Zulassung von Fahrzeugtypen sowie der Auslieferung an Kunden zu vergleichbaren Auswirkungen führen.

⁴ Bundesverfassungsgericht 2023

Vorstehend genannte Risiken können im Laufe eines Projektes zu nicht unerheblichen Abweichungen tatsächlicher Kosten gegenüber geplanten Kosten führen. Daher gilt die besondere Aufmerksamkeit der Unternehmensleitung der Auftragsverfolgung durch alle mit der Projektabwicklung betrauten Bereiche und der Bewertung von Auftragsrisiken von der Angebotsphase bis zum Auftragsende. Wesentliche Instrumente sind eine zeitnah mitlaufende Kalkulation und eine permanente Risikobeurteilung. Hierbei erkennbare Belastungen des aktuellen wie des zukünftigen Ergebnisses werden ergebniswirksam berücksichtigt.

Die Gesellschaft ist im Rahmen von zwei Projekten von Projektpartnern mit Ansprüchen von bis zu ca. € 75 Mio. konfrontiert worden. Die Geschäftsführung sieht diese Ansprüche auf Basis von rechtlichen Stellungnahmen als unbegründet an, kann aber eine zukünftige Belastung der Alstom Gruppe in der Zukunft nicht ausschließen. Gleiches gilt für einen weiteren Vertrag, in dem der Kunde den Rücktritt auch nach Auslieferung der Fahrzeuge angedroht hat. Die Geschäftsführung geht jedoch davon aus, die noch bestehenden Herausforderungen gemeinsam mit dem Kunden im Rahmen der Instandhaltungsmaßnahmen zu dessen Zufriedenheit lösen zu können.

Die sich ggf. bei mehrjährigen Lieferverträgen ergebenden Preisänderungsrisiken auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt werden z.T. durch vertraglich fixierte Preisgleitformeln mit Lieferanten und Kunden minimiert.

Risiken im Zusammenhang mit Fremdwährungen werden mittels Devisentermingeschäften kompensiert. Auf Grund der internationalen Geschäftsbeziehungen und der damit einhergehenden Fakturierung in Fremdwährung können Wechselkursschwankungen entstehen. Gemäß den Konzernrichtlinien werden diese Fremdwährungsgeschäfte mittels Devisentermingeschäften konzernintern kursgesichert. Für weitere Ausführungen verweisen wir auf die Darstellung im Anhang.

Mittelfristige Auslastungsrisiken können sich durch die Vergabeentscheidungen wichtiger Kunden ergeben. Zudem besteht die Gefahr, dass die zunehmend knapperen Mittel in den maßgeblichen öffentlichen Haushalten Einfluss auf das Volumen der zukünftig zu veröffentlichten Vergaben haben. Die Mitigation solcher Risiken erfolgt durch die Kapazitätsplanung, die es erlaubt Engpässe zu erkennen und adäquate Maßnahmen einzuleiten.

Die Gesellschaft hält sämtliche oder wesentliche Anteile an mehreren Alstom Gesellschaften in Deutschland (siehe Anhang). Die Werthaltigkeit dieser Beteiligungen wird regelmäßig überprüft. Der Wert der Beteiligung an der ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, von € 1.379,4 Mio. hängt dabei im Wesentlichen von der erwarteten Margensteigerung in dieser Gesellschaft ab. Sollte diese nicht entsprechend der Annahme der Geschäftsführung

steigen, besteht das Risiko, dass der aktuell ausgewiesene Beteiligungswert in einem signifikanten Umfang abgewertet wird.

Die ALSTOM Transport S.A., Saint-Ouen/Frankreich, trägt weiterhin dafür Sorge, dass die Pflichten im Rahmen der Unternehmenssteuerung, insbesondere die der kritischen Verfolgung der Eigenkapitalentwicklung, erfüllt werden.

2. Chancenbericht

Bezüglich der sich aus der Marktentwicklung und unserer Forschung und Entwicklung ergebenden Möglichkeiten, verweisen wir auf den Punkt I.1 und I.2.

Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr 2019/20 ein Standort- und Beschäftigungssicherungstarifvertrag mit Laufzeit bis zum 31.03.2025 abgeschlossen. Die Tarifparteien haben diverse Maßnahmen beschlossen, mit dem wesentlichen Ziel nachhaltig Kosten zu senken und unsere Produktivität und Flexibilität zu steigern. Die in diesem Zusammenhang beschlossenen Maßnahmen zu einem sozialverträglichen Abbau von Personal im Rahmen eines Vorruhestandsmodells und Freiwilligenprogrammes wurde im Geschäftsjahr 2022/23 zum Abschluss gebracht.

Der Umbau der Gesellschaft wird weiterhin vorangetrieben. Wir werden unseren Fertigungsbereich auf die Fertigung von Schienenfahrzeugen in Aluminium ausrichten und daher unsere Fertigungskapazität anpassen. Darüber hinaus werden wir unsere Fertigungskapazitäten im Bereich Drehgestelle reduzieren. Aus diesem Grunde wurde im Geschäftsjahr 2021/22 ein Restrukturierungsprogramm zum sozialverträglichen Abbau von 75 Personen in der Fertigung und in den fertigungsnahen Bereichen in den kommenden Jahren beschlossen. Wir haben dafür im Geschäftsjahr 2021/22 M€ 10,0 zurückgestellt, von denen mittlerweile M€ 7,0 verbraucht sind.

Um die Strukturstarkosten im indirekten Bereich zu optimieren, haben wir im Geschäftsjahr 2023/24 M€ 3,5 zurückgestellt.

Auf der anderen Seite werden wir aber auch weiterhin Mitarbeiter einstellen, insbesondere in unserem Signalechnikbereich und entsprechend den Umbau der Gesellschaft weiter verfolgen.

3. Gesamtaussage

Basierend auf dem dargestellten Risikomanagementsystem sind trotz der erwirtschafteten und auch für das Folgejahr geplanten Verluste keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand unserer Gesellschaft gefährden könnten.

Aufgrund des bestehenden Cash-Pool Vertrages hat die Gesellschaft Anspruch auf ausreichende Liquidität. Der Vertrag wurde nicht gekündigt. Seit Anfang April 2022 nimmt unsere Gesellschaft neben ihrer operativen Tätigkeit, auch die Tätigkeit als Holdinggesellschaft in Deutschland für Alstom wahr (siehe oben und siehe Anhang). Aufgrund dieser Sonderrolle, aber auch durch den verbliebenen hohen Cash-Bestand im Cash-Pool und unserer sehr hohen Finanzverpflichtung innerhalb des Konzerns durch den Erwerb der Beteiligungen, gehen wir davon aus, dass im Interesse des Alstom Konzerns eine Kündigung nicht sinnvoll ist und daher nicht absehbar ist. Wir vertreten weiterhin die Ansicht, dass auch in den folgenden Geschäftsjahren ausreichend Liquidität zur Verfügung stehen wird.

Zur Sicherstellung einer nachhaltig zufriedenstellenden Ertragskraft sowie einer angemessenen Eigenkapitalsituation ist die Gesellschaft darauf angewiesen, dass die seit mehreren Jahren andauernde Ertragsschwäche nachhaltig überwunden wird. Darüber hinaus können auch die bestehenden Ergebnisabführungsverträge eine signifikante Auswirkung auf die Ertragslage und Eigenkapitalsituation unserer Gesellschaft haben. Im Bedarfsfall würden wir weiterhin die Rekapitalisierung durch die Gesellschafterin anstreben.

V. Umwelt-, Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit (EHS)

EHS hat auch in diesem Jahr hohe Priorität an unseren Standorten. Das Konzernziel lautet nach wie vor: „Keine schweren Unfälle und Stabilisierung der geringen Unfallhäufigkeitsrate der letzten Jahre“.

Im Geschäftsjahr 2023/24 wurden keine Unfälle mit bleibenden gesundheitlichen Einschränkungen von Mitarbeitenden verzeichnet. Die vereinbarten Ziele IFR1 (Unfallrate mit Ausfalltagen) und TRIR (Unfallrate ohne Ausfalltage mit temporär angepasstem Arbeitsplatz) konnten erreicht werden.

Im genannten Berichtszeitraum ereigneten sich ein Unfall (IFR1) von eigenen Mitarbeitenden und ein Unfall (TRIR) von Mitarbeitenden von Fremdfirmen.

Das AZDP Auditergebnis (Alstom Zero Deviation Plan) für den Bereich RSC Standort Salzgitter konnte auf 93 % gesteigert werden. Eine Herausforderung im genannten Berichtszeitraum lag darin, die AZDP Anforderungen im Service Standort Braunschweig zu etablieren. Erfolgreich zu bemerken ist, dass der Standort mit einem hervorragenden Auditergebnis von 86 % abgeschlossen hat.

Maßnahmen für sämtliche noch offenen kritischen AZDP Anforderungen sind vereinbart und in Bearbeitung.

Um Vorgesetzte und Mitarbeitende für die tägliche Gefahren- und die Risikoerkennung am Arbeitsplatz weiter zu befähigen, haben wir diverse Programme ausgerollt:

- Kampagne „Sicherheit ist Führungsaufgabe“
- SOV (Safety Observation Visit) Training mit Focus auf verhaltensbasiertem TOP-DOWN Prinzip
- Verpflichtungserklärung TOP Management zum Leadership
- 12 Lebensrettende Regeln (Erweiterung des AZDPs)
- DDRM Training Day to Day Risk Management (tägliches Risikomanagement)
- PSIRE Training (Persönliche Sicherheit im Gleisbereich)
- Contractor Day (Workshop Führungsverantwortung Arbeitssicherheit für Fremdfirmen)

Durch eine neue Struktur und Kombination von gemischten Teams aus allen Verantwortungsebenen mit unterschiedlichen Kompetenzen wurden regelmäßige System- und Prozessaudits, Performance-Kontrollen sowie Sicherheitsbegehungen realisiert. Die Beteiligung des obersten Managements und aller relevanten Führungskräfte an der Konzerninitiative SOV konnte gesteigert werden.

Im Dezember 2021 startete als Pilotprojekt im Bereich Waggonreparatur die Gefährdungsbeurteilung Psyche. Die Gefährdungsbeurteilung dient dem Erkennen von Gefährdungen am Arbeitsplatz, welche die Gesundheit und das Wohlbefinden von Beschäftigten beeinträchtigen. Handlungsfelder sind priorisiert, Präventionsmaßnahmen abgeleitet und in der Umsetzung. Eine Wirksamkeitskontrolle durch monatliche Begehungen und Review des Actionplan erfolgte im Geschäftsjahr 2023/24 und wird kontinuierlich weitergeführt.

Geschäftsführung und Betriebsrat haben beschlossen, die Gefährdungsermittlung Psyche in weiteren Bereichen durchzuführen. Informationsveranstaltung für die Mitarbeitenden aus Teilen der Bereiche Einkauf und Materialwirtschaft wurden im Mai und Juni 2023 durchgeführt. Die Gefährdungsermittlung wurde über strukturierte, nach Hierarchieebene getrennte Gruppeninterviews durchgeführt. Die Erhebung wurde extern von einer Betriebspyschologin des AMD TÜV Rheinland durchgeführt. Der Ergebnisbericht wurde dem Steuerkreis im Juni 2023 vorgestellt. Weitere Informationsveranstaltungen aller involvierten Mitarbeitenden und Erarbeitung von Maßnahmen, die den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessern, werden im kommenden Geschäftsjahr folgen.

Zur kontinuierlichen Senkung des Energieverbrauches und der Reduktion der Treibhausgasemissionen durch die Produktion und den Gebäudebetrieb sind aktuell mehr als 10 Einzelmaßnahmen im Rahmen des CO₂-Reduktionsplans in der Planungs- und Umsetzungsphase.

Im Geschäftsjahr 2023/24 konnte ca. 4,5 % beim Strom- und 0,4 % beim Erdgasverbrauch mit umgesetzten Projekten eingespart werden.

Die Gesamtersparnis, die durch umgesetzte Energie- und CO₂-Einsparmaßnahmen seit 2006 erfolgt sind, beträgt somit derzeit 321.573.691 kWh, 95.130 t CO₂ und M€ 14,6.

Ebenso haben wir im Kalenderjahr 2023 Grün-Strom-Zertifikate für 100 % des eigenen Verbrauches erworben.

Im November 2023 wurde die Gesellschaft nach DIN ISO 14001, 45001 und EMAS zertifiziert. Mit diesen Audits konnten wir den Nachweis erbringen, dass wir die Forderungen der geprüften Standards für Umweltschutz (ISO 14001) und Arbeitssicherheit/Gesundheitsschutz (ISO 45001) erfüllt haben. Mit dem Auditergebnis wurde uns bestätigt, dass wir die Managementsysteme sicher eingeführt haben.

Die geltenden Rechtsvorschriften in Bezug auf Arbeitssicherheit und Umweltschutz wurden eingehalten und der Status der Konformität wird auf monatlicher Basis an die Geschäftsführung berichtet. Ein regelmäßiger Kontakt zu Behörden und Aufsichtspersonen wird gepflegt.

VI. Erklärung zur Unternehmensführung

Die nach § 36 i.V.m. § 52 Abs. 2 Satz 2 GmbHG erforderliche Festlegung der Zielgrößen für den Anteil von Frauen in Führungspositionen und im Aufsichtsrat ist bislang wie folgt umgesetzt worden:

Bereits 2015 hat der Aufsichtsrat Vorgaben für Zielgrößen und Fristen zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern getätigt und die Umsetzung kontrolliert.

Mit Beschluss vom 19. Mai 2021 hat sich der Aufsichtsrat erneut verpflichtet, bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 2024/2025 die Zielgröße von 30 % als Frauenanteil bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates aufrecht zu erhalten. Die Festlegung soll nach dem Prinzip der sog. Getrennterfüllung bezogen auf die Arbeitnehmer- und Anteilseignervertreter erfolgen. Die Zielvorgabe wurde im Zuge personeller Änderungen bzw. bei der Neubestellung von Mitgliedern des Kontrollgremiums im November 2021 erfüllt. Zum 31. März 2024 sind 3 Frauen und 7 Männer im Aufsichtsrat. Hiermit liegt die Besetzung oberhalb der gesetzten Anforderung.

Weiterhin hat der Aufsichtsrat am 19. Mai 2021 beschlossen, dass die Geschäftsführung mittelfristig auch weibliche Mitglieder haben soll. Im Falle einer Neubestellung eines Mitglieds der Geschäftsführung ist bei gleicher Eignung dem nicht in der Geschäftsführung vertretenen Geschlecht der Vorrang zu geben. Im Berichtszeitraum hat der Aufsichtsrat bei

der Bestellung von Herrn Peter Offtermatt und Herrn Hauke Werner die Einhaltung der Vorgaben geprüft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt (31. März 2024) sind drei Männer in der Geschäftsführung.

Die Geschäftsführung möchte sich auch weiterhin bei der Festlegung der Zielgröße für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung an den Vorgaben der Alstom-Gruppe orientieren. Danach beträgt die Mindestzielquote von Frauen in Führungs- und Fachpositionen mindestens 28 %.⁵ Die Geschäftsführung beabsichtigt, dieses Ziel bis zum Ablauf des Geschäftsjahres 2026/2027 zu erreichen.

Die erste Führungsebene umfasst die verschiedenen und gemäß Geschäftsverteilungsplan an die einzelnen Mitglieder der Geschäftsführung berichtenden Bereiche. Die zweite Führungsebene unterhalb der Geschäftsführung umfasst diejenigen Personen, die an den engeren Führungskreis berichten und diesem unterstellt sind. Die Frauenquote beträgt aktuell 10 %.

Es sind weitere erhebliche Anstrengungen notwendig, um die Zielgrößen zu erreichen. Die Geschäftsführung sieht folgende Einflussfaktoren, die sich nachteilig auf die Zielerreichung auswirken:

- Bewerberrückgang: Die Rekrutierung von weiblichen Fachkräften für Stellen mit vorrangigem Anforderungsprofil im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich gestaltet sich schwierig. Der allgemeine Rückgang der Absolventenzahlen an Fach- und Hochschulen trägt hierzu bei.
- Externer Wettbewerb: Der Alstom-Konzern konkurriert in der Region Niedersachsen, aber auch Berlin mit einer sehr starken Automobil-, Zulieferer- und IT-Industrie.
- Interner Wettbewerb: Durch die fortgesetzten Maßnahmen zur Integration der ehemaligen Bombardier-Gesellschaften kommt es zum vereinzelten Wechsel von weiblichen Führungskräften in andere Konzerngesellschaften. Es ist nicht auszuschließen, dass Neueinstellungen dorthin erfolgen. In beiden Fällen können die Personen nicht zur Erreichung der Zielgröße berücksichtigt werden.

Der Aufsichtsrat wird die Einhaltung der Vorgaben und diesbezüglichen Maßnahmen auch künftig kontrollieren und sich zusammen mit der Geschäftsführung für eine Verbesserung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern einsetzen.

Salzgitter, den 21. Januar 2025

Dr. Christian Bieniek

Peter Offtermatt

Hauke Werner

⁵ Siehe Zielgrößen der Alstom-Gruppe zu »Diversity and Inclusion«, weitere Informationen und Unterlagen <https://www.alstom.com/company/commitments/diversity-and-inclusion> Dort auch mit weiteren Nachweisen zum gegenwärtigen Anteil von Frauen in Führungs- und Fachpositionen von 23,1 % (Stand 03/2021) und »Diversity policy«.

Bilanz zum 31. März 2024 der
ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter

Aktiva

	31.03.2024	Vorjahr
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	283.190,73	358.727,18
2. Technische Anlagen und Maschinen	35.631.539,68	34.935.413,20
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.859.906,59	15.639.215,55
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	12.968.750,54	11.626.378,50
	8.391.104,89	9.109.155,43
	<u>73.851.301,70</u>	<u>71.310.162,68</u>
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	1.514.712.264,79	3.222.812.263,79
2. Beteiligungen	0,50	0,50
3. Sonstige Ausleihungen	3.833,45	4.121,93
	<u>1.514.716.098,74</u>	<u>3.222.816.386,22</u>
	1.588.850.591,17	3.294.485.276,08
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	81.130.338,88	76.692.991,25
2. Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	760.531.134,36	595.595.379,05
3. Waren	21.826.626,02	15.563.316,61
4. Geleistete Anzahlungen	984.872,98	1.742.532,26
5. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-864.472.972,24	-689.594.219,17
	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	42.571.808,35	38.930.052,92
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	138.678.844,70	386.699.441,02
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.612.043,74	7.268.787,76
	<u>183.862.696,79</u>	<u>432.898.281,70</u>
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	168.129,64	3.046,10
	184.030.826,43	432.901.327,80
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
	1.442.857,50	2.237.200,00
	<u>1.774.324.275,10</u>	<u>3.729.623.803,88</u>

Passiva

	31.03.2024	Vorjahr
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital		
	22.000.000,00	22.000.000,00
II. Kapitalrücklage	918.065.000,00	268.065.000,00
III. Bilanzverlust	-440.432.133,81	-168.343.659,58
	<u>499.632.866,19</u>	<u>121.721.340,42</u>
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	128.775.000,00	144.403.000,00
2. Steuerrückstellungen	550.000,00	550.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	153.442.058,02	199.768.855,68
	<u>282.767.058,02</u>	<u>344.721.855,68</u>
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	638.740.899,44	647.815.395,38
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.323.118,36	41.146.641,09
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	261.444.886,16	2.542.696.708,91
4. Sonstige Verbindlichkeiten	64.415.446,93	31.521.862,40
	<u>991.924.350,89</u>	<u>3.263.180.607,78</u>
	<u>1.774.324.275,10</u>	<u>3.729.623.803,88</u>

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024 der
ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter
(im Vergleich zur Vorjahresperiode)

	01.04.2023 - 31.03.2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	499.694.065,03	788.090.896,79
2. Bestandsveränderungen der fertigen und unfertigen Erzeugnisse	164.935.755,31	141.296.009,10
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	186.774,22	48.389,29
4. Gesamtleistung	664.816.594,56	929.435.295,18
5. Sonstige betriebliche Erträge - davon Erträge aus der Währungsumrechnung: EUR 16.580.543,47 (Vorjahr: EUR 6.725.622,16)	39.256.729,86	24.244.992,66
6. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-219.807.649,04	-399.794.715,57
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-254.365.442,40	-218.618.438,09
	<hr/> -474.173.091,44	<hr/> -618.413.153,66
7. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-154.964.816,58	-146.256.839,71
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung u. für Unterstützung	-28.267.309,92	-30.315.841,35
- davon für Altersversorgung: EUR 1.440.691,64 (Vorjahr: EUR 3.376.941,77)	<hr/> -183.232.126,50	<hr/> -176.572.681,06
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-6.804.216,46	-8.511.773,73
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen - davon Aufwendungen aus der Währungsumrechnung: EUR 5.497.942,55 (Vorjahr: EUR 3.854.408,70)	-143.283.932,71	-182.020.306,98
10. Erträge aus der Gewinnabführung	2.946.040,01	52.960.534,43
11. Erträge aus Beteiligungen	16.000,00	13.000,00
12. Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens	274,00	273,00
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 6.148.758,44 (Vorjahr: EUR 3.721.089,08)	11.097.782,67	3.935.831,48
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon an verbundenen Unternehmen: EUR 99.972.086,02 (Vorjahr: EUR 11.946.310,02) - davon aus Aufzinsung: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 8.232.000,00)	- 100.817.125,14	- 20.706.435,11
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-82.292.801,62	-12.919.879,15
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<hr/> 388.050,72	<hr/> 237.017,99
17. Ergebnis nach Steuern	- 272.081.822,05	- 8.317.284,95
18. Sonstige Steuern	-6.652,18	-6.281,29
19. Jahresfehlbetrag	-272.088.474,23	-8.323.566,24
20. Verlustvortrag	-168.343.659,58	-160.020.093,34
21. Bilanzverlust	-440.432.133,81	-168.343.659,58

ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter**Amtsgericht Braunschweig, HRB 204464****Anhang für das****Geschäftsjahr****vom 1. April 2023 bis zum 31. März 2024****(1) Allgemeine Angaben**

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB. Der Vergleichszeitraum ist das Geschäftsjahr vom 1. April 2022 bis zum 31. März 2023.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt. Die Angaben im Anhang erfolgen, soweit nicht anders angeben, in TEUR.

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Gliederungsgrundsätze nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt.

(2) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, WährungsumrechnungImmaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt worden. Die Herstellungskosten enthalten Material- und Fertigungseinzelkosten sowie angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen, die im Herstellungszeitraum auf deren Finanzierung entfallen, sind nicht angesetzt worden. Die Abschreibungszeiträume entsprechen den voraussichtlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern. Hinsichtlich der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern wird auf folgende Tabelle je Anlagenklasse verwiesen

Grundstücke und Bauten	7 bis 40 Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	3 bis 25 Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 bis 10 Jahre

Immaterielle Vermögensgegenstände werden linear abgeschrieben.

Die Abschreibungen wurden bis zum 31.12.2010 bei Zugängen des beweglichen Anlagevermögens, sofern zulässig, nach der degressiven Abschreibungsmethode vorgenommen. Sofern die gleichmäßige Verteilung der Restbuchwerte auf die restliche Nutzungsdauer höhere Abschreibungswerte ergibt, erfolgt ein Übergang auf die lineare Methode. Seit dem 01.01.2011 erfolgt die Abschreibung bei Zugängen des beweglichen Anlagevermögens nach der linearen Abschreibungsmethode.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis zu EUR 1.500,00 werden als Aufwand erfasst.

Die im Geschäftsjahr dauernd dem Geschäftsbetrieb dienenden Vorrichtungen für Standardprodukte wurden zu Herstellungskosten aktiviert und anteilig je Auftrag, d.h. leistungsbezogen, abgeschrieben.

Finanzanlagen

Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens werden zu Anschaffungskosten abzüglich Abschreibungen wegen voraussichtlich dauernder Wertminderung angesetzt. Ausleihungen sind zu Nennwerten bzw. - soweit unverzinslich oder niedrig verzinslich - mit ihren Barwerten angesetzt.

Umlaufvermögen

Die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind zu Einstandspreisen nach dem Durchschnittswertverfahren unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Bei einem wesentlichen Teil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe wird die Bewertung des Bestandes mittels einer bedarfsorientierten Abwertungsmethode angepasst.

Die unfertigen Erzeugnisse und Leistungen wurden unter Beachtung des Grundsatzes der verlustfreien Bewertung zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. mit den niedrigeren, ihnen am Abschlussstichtag beizulegenden Werten angesetzt. Die Herstellungskosten enthalten neben Fertigungs- und Materialeinzelkosten angemessene Teile notwendiger Gemeinkosten einschließlich Abschreibungen sowie Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für soziale Einrichtungen des Betriebes, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung. Waren werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Zinsen für Fremdkapital werden ebenfalls in die Herstellungskosten einbezogen, soweit sie auf den Zeitraum der Herstellung entfallen.

Auftragsrisiken werden, soweit möglich, aktivisch von den angearbeiteten Aufträgen abgesetzt. Sofern eine aktivische Kürzung nicht möglich ist, werden die Risiken als Rückstellungen ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen werden mit dem Nennbetrag bewertet.

Aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit der Vermögenslage wird von dem Wahlrecht nach § 268 Abs. 5, Satz 2 HGB Gebrauch gemacht, erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen offen von den Vorräten abzusetzen. Der übersteigende Betrag der Anzahlungen wird auf der Passivseite ausgewiesen.

Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen - sie sind zu Nominalwerten bilanziert - wurde das allgemeine Ausfallrisiko durch eine pauschale Wertberichtigung berücksichtigt. Der pauschale Wertberichtigungssatz beträgt dabei, unverändert gegenüber dem Vorjahr, 0,5 Prozent.

Für erkennbare Ausfallrisiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Dabei wird jeweils eine Einzelfallbetrachtung der gesamten Forderungen durchgeführt und das jeweilige geschätzte Ausfallrisiko wertberichtet.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen, die sonstigen Vermögensgegenstände, die flüssigen Mittel sowie die Rechnungsabgrenzungen sind zum Nominalwert bilanziert.

Rückstellungen

Die Rückstellungen tragen allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen Rechnung. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Bei der Bewertung von Rückstellungen werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und Verpflichtungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Preis- und Kostensteigerungen orientieren sich an der aktuellen Teuerungsrate und wurden über die jeweilige Laufzeit der Rückstellung entsprechend berücksichtigt. Im Zinsergebnis werden die auf das Geschäftsjahr entfallenden Zinsanteile aus der Aufzinsung von Rückstellungen sowie Erträge und Aufwendungen aufgrund Änderungen des Rechnungszinses ausgewiesen.

Nach Maßgabe der Vereinfachungsregel des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde eine pauschale Restlaufzeit der Pensions- und Jubiläumsverpflichtungen von 15 Jahren unterstellt. Die unterstellte Restlaufzeit zur Bemessung der Altersteilzeitrückstellung beträgt durchschnittlich 3 Jahre.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung des zulässigen Pauschalverfahrens und zum Inventurstichtag 31.12.2023 mit 1,83 % bestimmt

(durchschnittlicher Marktzins der vergangenen zehn Jahre), der Vergleichszinssatz aus dem Durchschnitt der vergangenen sieben Jahre mit 1,80 %. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Ein Karrieretrend wird dabei als prozentualer Zuschlag berücksichtigt. Die langfristige Rentendynamik wurde mit 2,00 % p.a. und die biometrischen Annahmen mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Jubiläumsverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung des zulässigen Pauschalverfahrens und zum Inventurstichtag 31.12.2023 mit 1,80 % bestimmt. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Die biometrischen Annahmen wurden mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Die versicherungsmathematische Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte auf der Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Der Rechnungszins wurde unter Berücksichtigung einer durchschnittlichen pauschalen Restlaufzeit von drei Jahren zum Inventurstichtag 31.12.2023 mit 1,14 % bestimmt. Die rechnerisch angesetzten langfristig zu erwartenden Lohn- und Gehaltssteigerungen betragen 2,90 % p.a. Die biometrischen Annahmen wurden mit den Richttafeln „2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck angesetzt.

Unter den Rückstellungen für Pensionen werden erworbene Spezialfondsanteile, die von der Allianz Treuhand GmbH, Stuttgart, verwaltet werden, mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen verrechnet. Die der Allianz Treuhand GmbH übertragenen liquiden Mittel stehen im juristischen Eigentum des Treuhänders. Im Falle der Insolvenz der Gesellschaft besteht keine Zugriffsmöglichkeit der Gesellschaft auf diese Mittel.

Das Deckungsvermögen ist mit dem beizulegenden Zeitwert angesetzt. Der beizulegende Zeitwert entspricht dabei grundsätzlich dem Marktpreis (§ 255 Abs. 4 HGB). Die sich im Rahmen der Zeitwertbewertung ergebenden Wertunterschiede werden ergebniswirksam erfasst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Währungsumrechnung

Kursgesicherte Forderungen und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem Sicherungskurs bewertet. Verbindlichkeiten, die nicht kursgesichert sind, sind mit dem amtlichen Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Geschäftsvorfälle in fremder Währung wurden zum jeweiligen Tageskurs eingebucht. Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, wurden mit dem Euroreferenzkurs am Bilanzstichtag bewertet (§ 256a HGB). Beträgt die Restlaufzeit mehr als ein Jahr, wurden (nur) eventuelle Kursverluste am Bilanzstichtag berücksichtigt.

Gewinne und Verluste aus der Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften werden erfolgswirksam erfasst und in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert unter dem Posten „sonstige betriebliche Erträge“ bzw. „sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf die Unterschiede in den Bilanzansätzen der Handelsbilanz und der Steuerbilanz angesetzt, sofern sich diese in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Darüber hinaus werden aktive latente Steuern auf die bestehenden körperschafts- und gewerbesteuerlichen Verlustvorträge sowie auf steuerliche Zinsvorträge im Sinne des § 4h EStG i.V.m. § 8a KStG gebildet. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen. Im Falle eines Aktivüberhangs der latenten Steuern zum Bilanzstichtag wird von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Temporäre Differenzen ergeben sich dabei im Wesentlichen aus den steuerlichen Verlustvorträgen sowie bei den Rückstellungen.

Nach der formalen Betrachtungsweise ist alleinige Steuerschuldnerin die Gesellschaft als Organträgerin, d.h. auch tatsächliche und latente Steuern der Organgesellschaften sind vollständig in dem Jahresabschluss der Organträgerin auszuweisen, da sie alleine die Besteuerungsfolgen treffen. Dementsprechend werden die temporären Differenzen der Organgesellschaften im Abschluss der Gesellschaft erfasst.

Der Berechnung der latenten Steuern liegt ein effektiver Steuersatz von 31,05 % zugrunde (15,825 % für die Körperschaftsteuer einschließlich Solidaritätszuschlag und 15,225 % für die Gewerbesteuer), der sich voraussichtlich im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen ergeben wird. Der Steuersatz für die Gewerbesteuer ergibt sich aus dem durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 440 %.

Erläuterungen zur Bilanz**(3) Anlagevermögen**

Es wird auf die gesonderte Anlage zum Anhang zur Entwicklung des Anlagevermögens verwiesen.

(4) Immaterielle Vermögensgegenstände

Es handelt sich ausschließlich um EDV-Software.

(5) Sachanlagen

Die Investitionen in Sachanlagen zuzüglich der geleisteten Anzahlungen und Anlagen in Bau beliefen sich für das Geschäftsjahr 2023/24 auf TEUR 9.275 (Vorjahr TEUR 7.569), die vollständig aus vorhandenen Mitteln finanziert wurden.

Im Geschäftsjahr sind insbesondere Zugänge im Bereich Anlagen im Bau erfolgt, hierbei vor allem Investitionen in die Infrastruktur in Salzgitter und Berlin, sowie Prüfmaschinen.

Die Zugänge im Bereich Grundstücke und Bauten betreffen im Wesentlichen den Umbau von Büroräumen am Standort Berlin.

Im Bereich der technischen Anlagen und Maschinen betreffen die Investitionen im Wesentlichen um einen Zweiträgerlaufkran und eine Materialprüfmaschine.

Bei den Investitionen in dem Bereich andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung handelt es sich im Wesentlichen einen Laserprojektor, Nietwerkzeug sowie ein Prüfstand Simulator Set.

(6) Anteile an verbundenen Unternehmen

Bei den Anteilen an verbundenen Unternehmen handelt es sich zum Bilanzstichtag um folgende Beteiligungen (Jahresergebnis vor Ergebnisabführung):

Gesellschaft	Anteil	Stammkapital TEUR	Eigenkapital TEUR	Jahresergebnis TEUR
ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin	89,9%	16.582	2.245.637	-62.859
ALSTOM Drives GmbH, Berlin	100,0%	2.627	13.095	2.946
ALSTOM Signal GmbH, Braunschweig	100,0%	500	29.585	-12.023
ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal	100,0%	500	10.141	-7.411
VGT Vorbereitungsgesellschaft Transporttechnik mbH, Salzgitter	100,0%	26	26	0
ALSTOM Bahntechnologie Holding Germany GmbH, Berlin ¹	100,0%	51.133	-3.599	29.029

Unsere Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 100% der Anteile der ALSTOM Bahntechnologie Holding Germany GmbH erworben.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung unseres Jahresabschlusses, lagen uns noch keine testierten Jahresabschlüsse der ALSTOM Drives GmbH und der ALSTOM Signal GmbH für deren Geschäftsjahre 2023/24 vor. Der testierte Jahresabschluss für die ALSTOM Transportation Germany GmbH hat uns vorgelegen. Die anderen Gesellschaften sind nicht prüfungspflichtig.

Der Rückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen im Geschäftsjahr resultiert aus einer Kapitalrückzahlung unserer Tochtergesellschaft ALSTOM Transportation Germany GmbH, Berlin, in Höhe von M€ 1.708,1.

(7) Sonstige Ausleihungen

Hierbei handelt es sich um Wohnungsbaudarlehen in Höhe von TEUR 4.

¹ Zahlen der ALSTOM Bahntechnologie Holding GmbH, Berlin entstammen dem Jahresabschluss zum 31.03.2023, da der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr noch nicht aufgestellt war.

(8) Vorräte

	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2023</u> <u>TEUR</u>
Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe	81.130	76.693
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	760.531	595.595
Waren	21.827	15.563
Geleistete Anzahlungen	985	1.743
Offen abgesetzte erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	-864.473 0	-689.594 0
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>

(9) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2023</u> <u>TEUR</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	42.572	38.930
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	135.732	386.699
davon aus Lieferungen und Leistungen	16.500	19.270
davon aus Finanzverkehr	119.232	367.429
Sonstige Vermögensgegenstände	2.612	7.269
	<hr/> <hr/>	<hr/> <hr/>
	<u>180.916</u>	<u>432.898</u>

Es besteht, unverändert zum Vorjahr, ein Cash-Pooling mit der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich.

Die daraus resultierenden Forderungen gegen die ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, sind nicht besichert. Die finanzielle Stabilität des ALSTOM Konzerns bietet jedoch eine angemessene Sicherheit für Gelder, die im Rahmen dieser Vereinbarungen an den Konzern ausgeliehen wurden. Die Gesellschaft ist deshalb von der Werthaltigkeit dieser Forderungen in vollem Umfang überzeugt.

(10) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Bis auf einen Betrag von TEUR 168 (Vorjahr: TEUR 3), die nicht aus dem Cash-Pooling resultieren und unter dem Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen sind, sind gem. in Abschnitt (9) aufgeführter Darstellung die kurzfristigen Bankbestände an das Treasury Center, das von der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, geführt wird, übertragen.

Durch diese Übertragungen werden Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen.

Das Guthaben bei Kreditinstituten beträgt TEUR 168 (Vorjahr: TEUR 3).

(11) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt EUR 22.000.000,00 und wird zu 100 % von der ALSTOM HOLDINGS S.A. Saint Ouen, Frankreich, gehalten.

(12) Kapitalrücklage

Unsere direkte Muttergesellschaft, die ALSTOM HOLDINGS S.A., hat im Rahmen einer ordentlichen Gesellschafterversammlung vom 15. März 2024 eine Zuzahlung in die Kapitalrücklage im Sinne von § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beschlossen. Die Einzahlung in Höhe von MEUR 650,0 ist im Geschäftsjahr erfolgt.

(13) Jahresergebnis

Für den Unterschiedsbetrag aus der Abzinsung der Pensionsverpflichtungen nach Ziffer 14 besteht eine Ausschüttungssperre.

(14) Pensionsrückstellungen

Der Zeitwert der Anteile vom Deckungsvermögen (Spezialfonds) beträgt zum 31. März 2024 TEUR 78.800 und lag somit über den historischen Anschaffungskosten von TEUR 69.549. Darüber hinaus bestehen noch Deckungsvermögen aus Rückdeckungsversicherungen und anderen Anlageformen mit einem Zeitwert in Höhe von TEUR 6.024. Da der Zeitwert über den historischen Anschaffungskosten liegt, unterliegt der Differenzbetrag einer Ausschüttungssperre nach § 268 Abs. 8 Satz 3 HGB.

Der Erfüllungsbetrag der Pensionsrückstellung zum 31. März 2024 vor Verrechnung mit dem Deckungsvermögen beträgt TEUR 215.614.

Die Gesellschaft macht von dem Wahlrecht des Artikel 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB Gebrauch und verteilt den Aufwand aus der Umstellung (TEUR 30.234) linear über einen Zeitraum von 15 Jahren. Im Geschäftsjahr 2023/2024 wurden hierfür TEUR 2.016 als außerordentlicher Aufwand unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Zum Abschlussstichtag beläuft sich die Unterdeckung der Pensionsrückstellungen auf TEUR 2.016.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren gemäß § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB entspricht TEUR 803.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellung sowie der Effekt aus der Zinssatzänderung von insgesamt TEUR 2.864 wurden mit den Ertrag in Höhe von TEUR 7.779 aus dem Deckungsvermögen saldiert.

(15) Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<u>31.03.2024</u> <u>TEUR</u>	<u>31.03.2023</u> <u>TEUR</u>
Steuerrückstellungen	550	550
Sonstige Rückstellungen	153.442	199.769
	<u>153.992</u>	<u>200.319</u>

Die sonstigen Rückstellungen wurden insbesondere zur Deckung von Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von TEUR 22.707 (Vorjahr: TEUR 22.203), für Auffanggesellschaften in Höhe von TEUR 352 (Vorjahr: TEUR 3.080), für Altersteilzeit in Höhe von TEUR 2.188 (Vorjahr: TEUR 3.172), für Restrukturierungsmaßnahmen TEUR 8.323 (Vorjahr: TEUR 9.329) und andere ungewisse Verbindlichkeiten TEUR 21.328 (Vorjahr: TEUR 22.145) gebildet. Weiterhin ist eine Rückstellung für ausstehende Liefer- und Leistungsrechnungen in Höhe von TEUR 38.909 (Vorjahr: TEUR 51.954) und eine Rückstellung für nachlaufende Kosten in Höhe von TEUR 44.386 (Vorjahr: TEUR 49.743) enthalten. Zum 31.03.24 sind keine Rückstellungen zum Drohverlust mehr vorhanden (Vorjahr: TEUR 13.600).

(16) Verbindlichkeiten

	<u>31.03.2024</u> TEUR	<u>Restlauf- zeit bis zu 1 Jahr</u> TEUR	<u>Restlauf- zeit 1 bis 5 Jahre</u> TEUR	<u>Restlauf- zeit mehr als 5 Jahre</u> TEUR	<u>31.03.2023</u> TEUR
Erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen davon von verbundenen Unternehmen	638.741 88.978	638.741 88.978	0 0	0 0	647.815 68
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.323	27.323	0	0	41.147
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen davon aus Lieferungen und Leistungen davon gegenüber Gesellschaftern davon Sonstige davon aus Finanzverkehr	186.562 181.420 5.078 0 5.142	186.562 181.420 5.078 0 5.142	0 0 0 0 0	0 0 0 0 0	2.542.697 102.470 901 0 2.439.326
Sonstige Verbindlichkeiten davon aus Steuern davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	64.415 27.776 0	64.415 27.776 0	0 0 0	0 0 0	31.522 30.736 0
Verbindlichkeiten	917.041	917.041	0	0	3.263.181

Bei den entgegengenommenen Warenlieferungen bestehen die üblichen Eigentumsvorbehalte.

Die Verbindlichkeiten zum 31.03.2024 hatten, wie im Vorjahr, ausschließlich Restlaufzeiten bis zu einem Jahr.

(17) Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Als Partner verschiedener Lieferkonsortien haftet die Gesellschaft für deren Vertragserfüllung gesamtschuldnerisch.

Aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen bestehen für die Folgejahre Gesamtverpflichtungen in Höhe von TEUR 46.878 (Vorjahr: TEUR 51.050). Hierbei entfallen TEUR 312 (Vorjahr TEUR 549) auf ein verbundenes Unternehmen. Durch die Miete bzw. das Leasing ergibt sich der Vorteil des im Vergleich zur Investition späteren Zahlungsmittelabflusses.

Die Gesellschaft haftet einzelschuldnerisch für alle vertraglichen Verpflichtungen aus und im Zusammenhang mit dem Abschluss von Avalen. Der Gesamtbestand der eingegangenen Avalverpflichtungen per 31. März 2024 beträgt gegenüber Banken und Versicherungen TEUR 2.159.912 (Vorjahr: TEUR 1.911.608) sowie gegenüber Konzerngesellschaften TEUR 1.036.712 (Vorjahr: TEUR 1.019.094). Darüber hinaus haben Konzerngesellschaften per 31. März 2024 unsere Bürgschaftslinien gegenüber Banken und Versicherungen durch Ausstellung von Konzernbürgschaften mit einer maximalen Höhe von TEUR 638.500 (Vorjahr: TEUR 683.500) abgesichert.

Zum Bilanzstichtag bestanden außerdem Einkaufsverpflichtungen im geschäftsüblichen Umfang.

Darüber hinaus besteht eine selbstschuldnerische Bürgschaft für eine Schwestergesellschaft gegenüber der DB Bahnbau Gruppe GmbH in Höhe von TEUR 12.025.

Das Risiko einer Inanspruchnahme wird jeweils als gering eingeschätzt.

Im Wesentlichen beruht diese Einschätzung vor allem auf Erkenntnissen vergangener Geschäftsjahre.

(18) Derivative Finanzinstrumente

Zwecks Risikobegrenzung sichert die Gesellschaft grundsätzlich wesentliche Währungsrisiken resultierend aus Forderungen und Verbindlichkeiten in Fremdwährungen mittels Devisentermingeschäften ab. Die zukünftigen Fremdwährungstransaktionen und die Devisentermingeschäfte bilden jeweils eine Bewertungseinheit (Micro-Hedge).

Zur Abbildung der sich im Rahmen einer Bewertungseinheit ergebenden gegenläufigen Wertänderungen wird die Einfrierungsmethode angewendet.

Mit dem Abschluss von 210 Devisentermingeschäften über TEUR 520.931 mit einer Laufzeit bis zum 22.11.2028 sichert sich die Gesellschaft gegen Währungsrisiken ab. Gesichert wurden Käufe in Höhe von TSEK 7.428, TPLN 1.999.545, TCNH 276.438, TGBP 1.506, TINR 6.724.783, TUSD 556 sowie von TCHF 7.647. Diesen Absicherungsgeschäften stehen zukünftige Fremdwährungstransaktionen gegenüber, deren Eintritt aufgrund von Erfahrungswerten eine hohe Wahrscheinlichkeit aufweist. Diese Transaktionen sind in ihrer Höhe vollständig durch die Micro-Hedges abgesichert.

Der positive Marktwert der Devisentermingeschäfte beträgt TEUR 57.104, der negative Marktwert beträgt TEUR 5.581. Die beizulegenden Zeitwerte entsprechen generell den Marktwerten der Derivate zum Abschlussstichtag, soweit diese verlässlich ermittelbar sind. Liegt kein verlässlich ermittelbarer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert aus dem Marktwert gleichartiger derivativer Finanzinstrumente abgeleitet oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden

bestimmt. Hierzu zählen z.B. die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren). Dabei stellen die verwendeten marktgerechten Zinsstrukturkurven und Wechselkurse die wichtigsten Einflussgrößen für die Modelle dar.

An der Absicherung wird bis zum Eingang der Debitorenzahlungen, dem Ausgang der Kreditorenzahlung und der Bedienung des offenen Geschäfts festgehalten.

Da in den vorliegenden Fällen alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem jeweils abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments übereinstimmen, wird davon ausgegangen, dass sich die gegenläufigen Zahlungsströme künftig in voller Höhe ausgleichen. Für die prospektive Beurteilung der Wirksamkeit der Bewertungseinheiten sowie für die rückwirkende Ermittlung der bisherigen Unwirksamkeit wird daher die sogenannte critical term match-Methode verwandt (Vergleich der wertbestimmenden Parameter).

Erläuterung zur Gewinn- und Verlustrechnung

(19) Umsatzerlöse

	<u>2023/24</u> <u>TEUR</u>	<u>2022/23</u> <u>TEUR</u>
<u>Aufgliederung nach Produktionsbereichen:</u>		
Triebzüge	310.753	613.662
Service	50.815	37.738
Güterwagen und Güterwagenreparatur	21.023	20.619
Drehgestelle	10.170	26.604
Ersatzteile	18.691	16.453
Sonstige Bereiche	<u>88.242</u>	<u>73.015</u>
	<u>499.694</u>	<u>788.091</u>
<u>Aufgliederung nach Regionen:</u>		
Inland	423.654	710.607
Ausland	<u>76.040</u>	<u>77.484</u>
	<u>499.694</u>	<u>788.091</u>

(20) Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Unfertige Erzeugnisse	164.936	141.296
Andere aktivierte Eigenleistungen	187	48
	<u>165.123</u>	<u>141.344</u>

Die Bestandsveränderung in Höhe von TEUR 164.936 entspricht der Veränderung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen zwischen dem Abschlussstichtag (TEUR 760.531) und dem Schlussbilanzwert des Vorjahres in Höhe von (TEUR 595.595).

(21) Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, sonstige Erträge von Dritten sowie Erträge aus der Währungsumrechnung.

Anbei eine Übersicht der Entwicklung der Einzelposten nach Ertragsarten:

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	355	2.007
Erträge Dritte	2.027	3.777
Währungsumrechnung	16.581	6.726
Weiterberechnung Konzern	304	9.298
Projektrückstellungen	18.957	2.011
Periodenfremde Erträge	780	0
Schadensersatz	62	0
Sonstige Erträge	191	426
	<u>39.257</u>	<u>24.245</u>

(22) Materialaufwand

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	219.808	399.795
Aufwendungen für bezogene Leistungen	254.365	218.618
	<u>474.173</u>	<u>618.413</u>

(23) Personalaufwand

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Löhne und Gehälter	154.965	146.257
Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Alters- versorgung und Unterstützung (davon für Altersversorgung)	28.267	30.316
	(-1.440)	(3.377)
	<u>183.232</u>	<u>176.573</u>

Für das Geschäftsjahr 2023/24 wurde eine Inflationsausgleichsprämie in Höhe von TEUR 3.067 gezahlt.

Im Durchschnitt wurden beschäftigt:

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Gewerbliche Arbeitnehmer	644	680
Angestellte	1.437	1.327
Langzeitkranke, Altersteilzeitler in der Ruhephase, an Dritte ausgeliehene Mitarbeiter	94	114
	<u>2.175</u>	<u>2.121</u>

Zusätzlich beschäftigte die Gesellschaft im Geschäftsjahr 99 Auszubildende und Praktikanten (Vorjahr: 101).

(24) Abschreibungen

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>6.804</u>	<u>8.512</u>

(25) Sonstige betriebliche Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind diverse Kostenarten enthalten.

Anbei eine Übersicht der Entwicklung der Einzelposten:

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Konzernabgaben	42.765	74.195
Instandhaltung/Facility		
Management	10.052	11.023
Miete/Leasing	19.465	17.112
Logistikdienstleistungen	7.279	9.763
Projektrückstellungen	504	16.381
Rechts- und Beratungskosten	1.188	1.555
Versicherungen	5.372	3.678
Reisekosten	3.131	3.044
Außergewöhnliche		
Aufwendungen	2.016	2.016
Aval- und andere		
Bankkosten	5.106	3.831
Währungsumrechnung	5.498	3.854
Ausgangsfrachten	3.774	5.644
Fortbildungskosten	876	1.596
Beiträge	888	721
Körperschutzausrüstungen	6.041	5.539
Arbeitsmedizin	774	842
Kommunikationskosten	863	602
Vertragsstrafen	14.391	7.762
Übrige sbA	13.302	12.862
	<u>143.284</u>	<u>182.020</u>

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auf Grund der Anwendung des § 67 Absatz 1 und 2 EGHGB TEUR 2.016 (Vorjahr TEUR 2.016) als außergewöhnliche Aufwendungen ausgewiesen, die im Rahmen der Bewertung der Pensionsrückstellungen angefallen sind.

(26) Erträge aus der Gewinnabführung

Basierend auf dem am 22. März 2023 mit der Tochtergesellschaft ALSTOM Drives GmbH abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrag, hat diese ihren Gewinn i.H.v. 2.946 TEUR für das Geschäftsjahr 2023/24 an unsere Gesellschaft abgeführt.

(27) Erträge Beteiligungen, Ausleihungen und Finanzergebnis

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Erträge aus Beteiligungen	16	13
Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens ²	0 11.098	0 3.936
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	(6.148)	(3.721)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	-100.817 (-99.972)	-20.706 (-11.946)
	-89.703	-16.757

In den Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind im Geschäftsjahr die positiven Effekte aus den Zinsänderungen bei den Personalrückstellungen in Höhe von TEUR 4.940 enthalten. Im Vorjahr ist das Zinsänderungsergebnis unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 8.232 ausgewiesen.

² Die Erträge aus der Ausleihung des Finanzanlagevermögens liegt in beiden Jahren unter TEUR 1.

(28) Steuern vom Einkommen und Ertrag

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Steuern vom Einkommen und Ertrag	<u>-388</u>	<u>-237</u>

(29) Aufwendungen aus der Verlustübernahme

Der am 10. Juni 2013 zwischen der ehemaligen ALSTOM GmbH, jetzt ALSTOM Transport Deutschland GmbH, und der Tochtergesellschaft ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, Stendal, geschlossene Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht unverändert fort.

Darüber hinaus hat die ALSTOM Transport Deutschland GmbH am 22. März 2023 jeweils mit ihren Töchtergesellschaften ALSTOM Transportation Germany GmbH, ALSTOM Signal GmbH und ALSTOM Drives GmbH einen Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen.

Verluste wurden im Geschäftsjahr für die ALSTOM Transportation Germany GmbH, i.H.v. 62.859 TEUR, die ALSTOM Lokomotiven Service GmbH, i.H.v. 7.411 TEUR, und die ALSTOM Signal GmbH, i.H.v. 12.023 TEUR, übernommen.

(30) Sonstige Steuern

	<u>2023/24</u>	<u>2022/23</u>
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Sonstige Steuern	<u>7</u>	<u>6</u>

Sonstige Angaben**(31) Gesamtbezüge des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung**

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 70 (Vj. TEUR 50).

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betragen TEUR 732 (Vj. TEUR 715). Kreditvergaben bzw. Vorschusszahlungen an Mitglieder von Geschäftsführung oder Aufsichtsrat wurden nicht gewährt. Für Mitglieder der Geschäftsführung beträgt die Höhe der Pensionsrückstellungen TEUR 148 (Vj. TEUR 137).

Die Bezüge von ehemaligen Mitgliedern der Geschäftsführung betragen TEUR 742 (Vj. TEUR 765). Die Höhe der Pensionsrückstellungen für ehemalige Mitglieder der Geschäftsführung belief sich zum Ende des Geschäftsjahres auf TEUR 9.163 (Vj. TEUR 9.849).

(32) Abschlussprüferhonorar

Die Angaben gemäß § 285 Nr. 17 HGB unterbleiben, da das Gesamthonorar des Abschlussprüfers im Konzernabschluss der ALSTOM S.A., Saint-Ouen, Frankreich, offengelegt wird.

(33) Mitglieder des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung**Aufsichtsrat**

Müslüm Yakisan (zugleich Vorsitzender) bis zum 31.10.2024
(President Region DACH | Ingenieur)

Laura Phoenix
(Senior Legal Counsel | Rechtsanwältin)

Annie Saillard
(VP DIS OPERATIONS | Ingenieurin)

Carsten Carl
(VP Legal DACH | Rechtsanwalt)

Marion Koslowski-Kuzu
(Kassiererin und Geschäftsführerin der IG Metall Geschäftsstelle)

Stefan Lüer (zugleich stellv. Vorsitzender) ab 13.01.2024
(Freigestellter Betriebsrat)

René Straube ab 13.01.2024
(Freigestellter Betriebsrat)

Michael Pettkus ab 13.01.2024
(Freigestellter Betriebsrat)

Uwe Weiss ab 13.01.2024
(Ingenieur)

Jochen Homburg ab 13.01.2024
(Gewerkschaftssekretär)

Jörg Friederich Bischof ab 25.04.2024
(VP Finance Dach | Ingenieur/Wirtschaftsingenieur)

Pierre Fleury ab 25.04.2024
(Chef Technical Officer | Ingenieur)

Karin Köppe (Elektromonteurin, freigestellte Betriebsräfin)	bis 12.01.2024
Baki Erkoc (Production Operator, freigestellter Betriebsrat)	bis 12.01.2024
Thomas Stolte (Head of Freight Waggon Repair)	bis 12.01.2024
Jochen Slabon (Customer Director)	bis 12.01.2024
Thomas Müller (Gewerkschaftssekretär/ zugleich stellv. Vorsitzender)	bis 12.01.2024
Dr. Bruno Marguet (Ingenieur)	bis 12.01.2024
Prof. Dr. Adolf Müller-Hellmann (Hochschullehrer)	bis 12.01.2024

Geschäftsführung

Dr. Christian Bieniek, Hannover (Geschäftsführer, Site MD)

Hauke Werner, Einbeck (Geschäftsführer, Region Operations Finance, ab dem 5. Juni 2023)

Peter Offtermatt, Bietigheim-Bissingen (Geschäftsführer, Arbeitsdirektor, Vice President Human Resources, ab dem 23. November 2023)

Dr. Frank Baddack; Berlin (Geschäftsführer, Head of Legal Public Customer & Private Operators, bis zum 27. Juni 2023)

Jan Van den Houte, Zemst/Belgien (Geschäftsführer, Jurist, Leiter Personalwesen Deutschland und Österreich, Arbeitsdirektor, bis zum 12. Dezember 2023)

(34) Konzernzugehörigkeit

Das Mutterunternehmen, welches den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Kreis von Unternehmen aufstellt, in den der Jahresabschluss der ALSTOM Transport Deutschland GmbH einbezogen ist, ist die ALSTOM S.A., Saint-Ouen/Frankreich. Von der ALSTOM S.A., Saint-Ouen-sur-Seine, Paris/Frankreich, wird ein Konzernabschluss auf der Grundlage der International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellt, in den die Gesellschaft für den kleinsten und größten Kreis einbezogen wird. Der Konzernabschluss wird entsprechend in englischer Sprache im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Die Gesellschaft stellt deshalb unter Berufung auf die Befreiungsvorschrift des § 291 Abs. 1 Satz 1 HGB zulässigerweise keinen Teilkonzernabschluss auf.

(35) Gewinnverwendungsvorschlag

Die Geschäftsführung schlägt vor, dass Jahresergebnis auf neue Rechnung vorzutragen.

Salzgitter, den 21. Januar 2025

Dr. Christian Bieniek

Peter Offtermatt

Hauke Werner

Entwicklung des Anlagevermögens der ALSTOM Transport Deutschland GmbH, Salzgitter
 nach HGB per 31.03.2024
 (Werte in EUR)

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand am 01.04.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.03.2024	Stand am 01.04.2023	Abschreibungen des Geschäfts- jahres	Abgänge	Stand am 31.03.2024	Stand am 31.03.2024	Stand am 01.04.2023
I. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte											
	3.151.907,73	0,00	0,00	0,00	3.151.907,73	2.793.180,55	75.536,45	0,00	2.868.717,00	283.190,73	358.727,18
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	53.586.626,66	824.282,46	0,00	2.364.528,73	56.775.437,85	18.651.213,46	2.492.684,71	0,00	21.143.898,17	35.631.539,68	34.935.413,20
2. Technische Anlagen und Maschinen	68.116.736,01	576.742,90	194.347,85	2.515.197,54	71.014.328,60	52.477.520,46	1.866.609,42	189.707,87	54.154.422,01	16.859.906,59	15.639.215,55
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	60.930.898,22	1.136.678,38	258.707,81	2.575.322,87	64.384.191,66	49.304.519,72	2.369.385,88	258.464,48	51.415.441,12	12.968.750,54	11.626.378,50
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.109.155,43	6.736.998,60	0,00	- 7.455.049,14	8.391.104,89	0,00	0,00	0,00	0,00	8.391.104,89	9.109.155,43
	191.743.416,32	9.274.702,34	453.055,66	0,00	200.565.063,00	120.433.253,64	6.728.680,01	448.172,35	126.713.761,30	73.851.301,70	71.310.162,68
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	3.222.812.263,80	1,00	1.708.100.000,00	0,00	1.514.712.264,80	0,01	0,00	0,00	0,01	1.514.712.264,79	3.222.812.263,79
2. Beteiligungen	17.383,91	0,00	0,00	0,00	17.383,91	17.383,41	0,00	0,00	17.383,41	0,50	0,50
3. Sonstige Ausleihungen	10.119,93	0,00	562,48	0,00	9.557,45	5.998,00	0,00	274,00	5.724,00	3.833,45	4.121,93
	3.222.839.767,64	1,00	1.708.100.562,48	0,00	1.514.739.206,16	23.381,42	0,00	274,00	23.107,42	1.514.716.098,74	3.222.816.386,22
	3.417.735.091,69	9.274.703,34	1.708.553.618,14	0,00	1.718.456.176,89	123.249.815,61	6.804.216,46	448.446,35	129.605.585,72	1.588.850.591,17	3.294.485.276,08

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

- Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleichermaßen gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung gelten zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeföhrte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenerersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.